



BAYERISCHE Gemeindezeitung

KOMMUNALPOLITIK | WIRTSCHAFT | RECHT | TECHNIK | PRAXIS



Im Rahmen des Tags des offenen Denkmals wurde auch die Denkmalschutzmedaille vergeben. Zu den Ausgezeichneten zählt unter anderem Schweinfurts ehemalige Oberbürgermeisterin Gudrun Grieser (Bildmitte vorne, neben Wissenschaftsminister Wolfgang Heubisch).

Tag des offenen Denkmals:

Kultur in Bewegung

Der bundesweite Tag des offenen Denkmals widmete sich heuer dem Thema „Kultur in Bewegung - Reisen, Verkehr Handel“. Im Mittelpunkt dieses vielseitigen Themas stand die große Gruppe aller Denkmäler, die mit Reisen, Verkehr und Handel in Verbindung stehen wie zum Beispiel Wegenetze, Wasserstraßen und Häfen, Schienennetze und Bahnhöfe, Poststationen und Gasthäuser, Handelsorte mit ihren Hotels, Zollstationen und Lagerhäusern bis hin zu Pilgerwegen, Wallfahrtsorten und Herbergen, aber auch den „beweglichen Denkmälern“ wie unter Denkmalschutz stehenden Schiffen, Kutschen oder Lokomotiven.

Seit 1993 koordiniert die „Deutsche Stiftung Denkmalschutz“ den Tag - Deutschlands Beitrag zu den „European Heritage Days“ unter Schirmherrschaft des Europarats. Dieses Jahr machten 49 Länder mit Deutschland weit über 7.500 Bau- und Bodendenkmäler zu Streifzügen in die Vergangenheit ein. In Bayern konnte man mehr als 850 historische Orte besichtigen. Von Amberg bis Würzburg öffneten auch Bauten und Stätten ihre Türen, die für Besucher normalerweise nicht zugänglich sind.

Stadtbildes. In Arzberg konnte man zum Beispiel eine alte Porzellanfabrik besichtigen, Neustadt an der Waldnaab lud zur Kirchturmbesteigung ein. Sonst verschlossene Räume durften Besucher des Künstlerhauses Exter in Übersee am Chiemsee betreten. Außerdem ließen sich Restauratoren und andere Handwerker bei der Arbeit über die Schulter schauen, wie ebenfalls in Neustadt an der Waldnaab bei einer Glasgravur-Vorführung.

Wer wollte, konnte aber auch selbst Hand anlegen, und seiner Kreativität bei verschiedenen Rahmenprogrammen freien Lauf lassen. So wurden u. a. ein Kurs zur Gewürzherstellung und ein Bastelworkshop angeboten.

Alte Baumethoden

Zu den besonderen Sehenswürdigkeiten im Freistaat am Denkmaltag zählten zudem das Römische Reiterkastell in Witelshofen (Kreis Ansbach), die Poststation von Itzgrund (Kreis Coburg), die Kutschensammlung Wanya in Prichsenstadt (Kreis Kitzingen) oder die Flößerei an der Isar bei München. Fachleute aus Handwerk, Denkmalpflege und Archäologie informierten über Bauwerke und erläuterten alte Techniken oder Baumethoden.

Im Landkreis München hatten die Bürgerinnen und Bürger am (Fortsetzung auf Seite 4)

Forderung der Bayerischen Landräte an Bund und Länder:

Aufgaben- und Ausgabenflut stoppen

Mit dem gemeinsamen Appell: „Rettet die kommunalen Haushalte!! Stoppt die Auf- und Ausgabenflut von Bund und Ländern!“ beendeten der Präsident des Bayerischen Landkreistages, Landrat Dr. Jakob Kreidl und sein Kollege, der Vorsitzende des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages, Landrat Reinhard Sager die gemeinsame Vorstandssitzung der beiden Kommunalen Landesverbände.

Die Vorstände des Bayerischen und des Schleswig-Holsteinischen Landkreistages haben am 15. September auf ihrer gemeinsamen Vorstandssitzung in Timmendorfer Strand über die Überlebensfähigkeit der kommunalen Selbstverwaltungskörperschaften in ihren Ländern diskutiert und dabei unter anderem die bestehende Erosion der kommunalen Finanzen beklagt.

Katastrophale Zustände

Die beiden Vorsitzenden Dr. Kreidl und Sager sind der Auf-

fassung, dass die bestehende Verschuldung der Kreise und Kommunen bundesweit katastrophale Zustände erreicht habe, die nicht weiter hingenommen werden können (z. B. sind ca. 50% der Kreise bereits bundesweit überschuldet). Dringend nötig sei - so Dr. Kreidl und Sager - insbesondere ein nachhaltiger Abbau der von Bund und Ländern vorgegebenen Standards zur Leistungserbringung. Die Kommunen seien trotz jahrelanger Einsparmaßnahmen und spürbarer Personalreduzierungen nicht mehr weiter in der Lage, die rasant steigenden

Kommunale Spitzenverbände zur Bundeswehr-Reform:

Zivildienst sichern!

Deutlich Stellung bezogen haben die kommunalen Spitzenverbände zu den Plänen von Bundesverteidigungsminister Karl-Theodor zu Guttenberg, den Wehrdienst auszusetzen. Auch die damit verbundenen Auswirkungen auf den Zivildienst wurden eingehend erläutert.

„Wenn die Wehrpflicht und entsprechend der Zivildienst ausgesetzt wird, ist das das Ende des Zivildienstes. Ein ausgesetzter Zivildienst wird in alter Form nicht rückholbar sein. Gerade für viele alte Menschen, aber auch z. B. für schwerbehinderte Kinder sind die 'Zivis' eine wichtige Hilfe bei der Bewältigung des täglichen Tagesablaufs. Wie der nötige Ersatz geschaffen werden kann, ist bisher unklar“, führte der Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes, Dr. Gerd Landsberg aus.

Freiwilligendienst

Es sei völlig illusorisch zu glauben, dass bei einem Wegfall des Zivildienstes zehntausende neue Vollzeitstellen über den Arbeitsmarkt geschaffen und finanziert werden könnten. Die Überlegungen von Bundesministerin Schröder, einen bundesweiten freiwilligen Zivildienst einzuführen, für den pro Jahr etwa 35.000 junge Menschen gewonnen werden könnten und der zwischen sechs und 18 Monaten dauern könnte, seien zu begrüßen. Allerdings sei fraglich, ob dieses Modell die Lücke tatsächlich schließen kann. Dafür seien zusätzliche Anreize und erhebliche Finanzmittel notwendig, die bisher nicht vorgesehen sind, so Landsberg.

In einer alternden Gesellschaft sollte zudem überlegt werden, „ob nicht jeder junge Mensch verpflichtet sein sollte, sich für

eine bestimmte Zeit für die Gemeinschaft zu engagieren. Das ist auch eine Chance für zusätzliche Sozialkompetenz, die im späteren Berufsleben so wichtig ist.“ Schließlich dürften im Falle von Standortschließungen die betroffenen Städte und Gemeinden nicht einfach ihrem Schicksal überlassen werden, da sie gute Gastgeber für die Bundeswehr gewesen seien. Notwendig sei deshalb eine enge Abstimmung und die Bereitstellung von Konversionsmitteln durch den Bund.

Das Präsidium des Deutschen Städtetages wiederum sieht durch die von der Bundesregierung ab 2011 vorgesehene weitere Verkürzung der Zivildienstzeit auf künftig sechs Monate die grundsätzliche Zielsetzung des Zivildienstes als Lerndienst für junge Menschen vor allem in sozialen Tätigkeitsfeldern als verstärkt in Frage gestellt an. Das Präsidium verkennt dabei nicht, dass die Verkürzung der Zivildienstzeit verfassungsrechtlich zwingende Folge der Verkürzung des Grundwehrdienstes ist.

Wahlfreiheit

Allenfalls mit der gleichzeitig vorgesehenen Einführung eines vom Bund bezuschussten, freiwilligen zusätzlichen Zivildienstes könne einem Funktionsverlust des Zivildienstes entgegen gewirkt werden. Hierfür sei eine sorgfältige Abwägung der gesetzlichen Bedingungen für die Bewilligung des Anschlussdienstes erforderlich, um dem Interesse sowohl der Zivildienststellen als auch der Zivildienstleistenden gleichermaßen zu entsprechen.

Möglichst vielen Zivildienstleistenden sollte die Perspektive des freiwilligen Anschlussdienstes in Wahlfreiheit eröffnet werden. Sowohl für die Zivildienststellen als auch für die Zivildienstleistenden sollte Planungssicherheit bestehen.

Der Präsident des deutschen Landkreistages, Landrat Hans Jörg Duppré sagte schließlich: „Insbesondere bei der Betreuung

pflegebedürftiger Menschen oder von schwerst mehrfach behinderten Menschen, aber auch im Katastrophenschutz kommt es zu erheblichen Engpässen, die überwunden werden müssen. Die Überlegungen der Bundesregierung für einen Freiwilligen Zivildienst gehen in die richtige Richtung.“ Generell müssten Freiwilligendienste attraktiver werden, damit etwa auch gezielt das Engagement älterer Menschen besser genutzt werden könne.

Große Lücken

Duppré erläuterte, dass es durch den Wegfall des Wehr- und damit auch des verpflichtenden Zivildienstes zu einem Wegbrechen von derzeit 90.000 Dienstleistenden kommen würde. „Davon sind die Landkreise als Träger großer Teile der sozialen Dienstleistungen besonders betroffen. Fast zwei Drittel der Zivildienstleistenden sind in Pflege und Behindertenhilfe beschäftigt. Darüber hinaus würden Lücken auch in Kinderbetreuungseinrichtungen, im Katastrophenschutz oder Rettungsdienst gerissen, die geschlossen werden müssten.“

Vor diesem Hintergrund müsse eine echte Alternative gefunden werden. Duppré machte deutlich, dass in Anbetracht der (Fortsetzung auf Seite 4)



Das Beispiel des Städtchens Melito nahe Neapel hat den Bürgermeister nachdenklich gemacht. Zwar will er nicht gleich im Namen der Stadt Lotto spielen, aber eine Lotterie an sich würde ihm gut gefallen. So könnte man zum Beispiel im Falle des alten Bauhofs mit diesem klassischen Mittel neue Dynamik generieren. Seite 11

Neue Blickwinkel

Fachleute aus der Denkmalpflege wie auch Eigentümer führten durch Stadtteile und Gebäude und eröffneten neue Blickwinkel auf alte Teile des

Wer mit bayerischer Kommunalpolitik und mit Wirtschafts- und Umweltfragen zu tun hat, braucht die Bayerische Gemeindezeitung als umfassende Informationsquelle für Kommunalpolitiker

Sie lesen in dieser Ausgabe

Bayerns Etat soll schuldenfrei bleiben	Seite 2
Modell für starke Regionen	2
GZ-Kolumne Georg Huber: Die Doppik in der Kommunalverwaltung	3
Kreisfinanzen vor der Zerreißprobe	3
Sparen, aber mit Augenmaß	3
Umsetzung auf Hochtouren	4
Einnahmen im Abwärtstrend	4
GZ-Fachthema: IT für Kommunen	5-8
Aus den bayerischen Kommunen	9-12

Landtagsfraktionsklausuren:

Bayerns Etat soll schuldenfrei bleiben

CSU und FDP einigen sich nach Machtwort Seehofers
Opposition gegen pauschale Kürzungen

Im Schlagschatten eines möglichen Defizits im Staatshaushalt 2011/12 haben die fünf Landtagsfraktionen ihre Marschroute für die in der letzten Septemberwoche wieder beginnende Parlamentsarbeit beraten. Die Schwerpunkte sind grundsätzlich gleich: Bildung von der Grund-(Mittel-)schule bis zur Universität, Landesentwicklung mit Ausgleich zwischen Ballungsgebieten und ländlichem Raum, Energieversorgung, Umweltschutz, Innovation. Dazu kommen die aktuellen Diskussionen um Atomreaktoren, Integration von Migranten und Fachkräftemangel. Wie da alles finanziell geleistet und aufgefangen werden kann, bleibt umstritten.

Beginnen hatte die FDP, die in ihrer Klausur in Herzogenaurach davon ausging, dass der neue Staatshaushalt eine Deckungslücke von drei bis vier Milliarden Euro ausweisen könnte. Die Steuerschätzung im November werde dieses Defizit verringern, aber nicht auffangen, rechnete Fraktionsvorsitzender Thomas Hacker. Finanzexperte Karsten Klein kritisierte, die einzelnen Ressortminister hätten Finanzminister Georg Fahrenschon (CSU) unzureichende bis gar keine Sparvorschläge vorgelegt. Die FDP-Minister Martin Zeil (Wirtschaft) und Dr. Wolfgang Heubisch (Wissenschaft) zeigten sich sparsam, verwiesen aber auf ihre Arbeit für politische Schwerpunkte. Die Fraktion votierte gegen eine Rasenmähermethode. Eine Neuverschuldung unter der Milliardengrenze wurde nicht ausgeschlossen.

ohne neue Schulden bleiben, als dem Markenzeichen der CSU seit der Regierung Stoiber. Ministerpräsident Horst Seehofer drohte angesichts der Zweifel des Koalitionspartners, wie auch mancher CSU-Abgeordneter, ein Machtwort für einen schuldenfreien Haushalt gemäß Kabinettsbeschluss vom Juli zu sprechen. Die derzeitige Lücke von nur mehr 2,6 Mrd. Euro soll durch pauschale und gezielte Kürzungen bei allen Ministerien sowie, wenn möglich, durch Personalsparungen im Wert von ungefähr einer Milliarde Euro sowie gedeckelt werden, dass nur noch etwa eine weitere Milliarde fehlt. Hier hofft man auf positive Wirtschaftsentwicklung und höhere Steuereinnahmen als bisher geschätzt. Der Staatshaushalt soll nächstes Jahr mit rund 42 Mrd. Euro auf gleicher Höhe

bleiben wie heuer. Was 2012 wird, bleibt offen.

Nachdem die Differenzen zwischen beiden Regierungsfractionen im Koalitionsausschuss intensiv ausgetragen worden waren, teilten CSU-Fraktionsvorsitzender Georg Schmid und sein FDP-Partner Thomas Hacker gemeinsam mit, es bleibe beim Ziel, einen ausgeglichenen Haushalt vorzulegen. Die CSU beschloss auf dieser Basis ihr neues Zukunftsprogramm unter dem Leitwort „Verantwortung für kommende Generationen“.

Ehrgeiziges Programm

Die Opposition blieb dabei, die schwarze Null sei mit dem Rotstift der Koalition nicht zu schreiben. Für die Grünen faßte Fraktionschef Thomas Mütze nach der Landshuter Klausur zusammen, nur bei unerwartet hohen Steuereinnahmen laut November-Schätzung sei ein schuldenfreier Haushalt möglich. Ansonsten müsse man die kommenden Etats schrittweise auf die ab 2020 im Grundgesetz verbriefte Schuldenfreiheit ausrichten. Darauf haben die Grünen ihr „sehr ehrgeiziges Arbeitsprogramm“ für das kommende Jahr

ausgerichtet. Für ihre Sparvorschläge bei den Sachausgaben wollen sie mit der Kürzung der Fraktionsmittel um 10% ein Beispiel geben. Im derzeitigen Trend der Meinungsumfragen mit den Grünen als zweitstärkste Kraft in Bayern (nach CSU, vor SPD) sehen sie die Chance, die CSU 2013 aus der Regierungsverantwortung abzulösen. Auch die Freien Wähler fanden es in ihrer Nürnberger Tagung besser, maßvoll-sachgerechte Schulden zu machen, als wichtige Entwicklungen zu verzögern. In Übereinstimmung mit den Grünen forderte Vorsitzender Hubert Aiwanger, die Kommunen im Steuerverbund mit Land und Bund zu stärken.

Sachfragen vor Rasenmäher

Die SPD setzte der Koalition im niederbayerischen Bad Gögging ihr eigenes Arbeits- und Sparprogramm entgegen. Auch für die größte Oppositionsfraktion geht die Finanzierung der Sachfragen vor Sparen mit dem Rasenmäher. Bei den grundsätzlich gleichen Schwerpunkten aller Fraktionen stehen die SPD-Vorschläge eher in politischer Übereinstimmung mit Grünen und Freien Wählern als mit CSU und FDP. Markus Rinderspacher schloss ebenfalls maßvolle, sachbezogene Neuverschuldung in diesem Sinne nicht aus.

Der Etat kommt zunächst im Oktober in die Chefgespräche der Ressorts mit dem Finanzminister. Auch in den Fraktionen wird noch diskutiert, ehe der Entwurf im November vom Kabinett beschlossen und dem Landtag zugeleitet wird. **rm**

Bürgereinsatz:

„Ein fernsehfreier Tag fürs Ehrenamt“

Auch ungewöhnliche Vorschläge
im Ideencafé der CSU

Es liegt oft nicht an der Einstellung, wenn Menschen kein Ehrenamt ausüben. Häufig haben sie zwar den Wunsch, etwas für und mit anderen zu tun, kennen aber nicht den ersten Schritt hinein ins freiwillige Engagement. „Bevor man nach Ehrenamtlichen ruft, muss man immer erst investieren. In Geld oder Strukturen“, konstatierten die Mitglieder der Tischgruppe „Familie“ beim „Ideencafé bürgerschaftliches Engagement“, das die Landtags-CSU veranstaltete.

Rund 150 Vertreter von Kirchen, Bildungsinstitutionen, Behindertenorganisationen, Vereinen und Selbsthilfegruppen fragten drei Stunden lang nach den Bedingungen für ein gelingendes bürgerschaftliches Engagement. Entscheidend ist nach Meinung vieler Diskutanten, dass die Vorteile des freiwilligen Engagements gerade für junge Menschen besser öffentlich dargestellt werden müssen. „Ich hatte ehrenamtlich ein großes Projekt gemanagt. Das half mir, Schlüsselqualifikationen zu erwerben und führte dazu, dass ich von Anfang an gefestigter beim Berufseintritt war als andere Anfänger“, unterstrich eine junge Frau.

Bereitwilligkeit zu ehrenamtlichem Engagement

Dass die Bereitwilligkeit zu ehrenamtlichem Engagement von „Bonuspunkten“ beeinflusst wird, bestätigten auch Wirtschaftsvertreter aus der Region. Der Anreiz, sich für das Gemeinwesen zu engagieren, würde etwa mit der Aussicht wachsen, dass sich dieses Engagement positiv bei Ausschreibungen niederschlägt. Ein Schreinermeister, der den örtlichen Kindergarten unterstützt und so seine „Sozialbilanz“ aufmöbelt, sollte dadurch bessere Chancen haben, einen öffentlichen Auftrag zu bekommen.

Einbeziehung Aller

Ins Ehrenamt sollten möglichst alle Menschen einbezogen werden, wobei den Teilnehmern des Ideencafés durchaus klar war, dass nicht alle Bürger wirklich wissen, was „Ehrenamt“ bedeutet. In vielen Ländern, aus denen Migranten kommen, sei es nicht üblich, sich freiwillig für das Gemeinwesen zu engagieren, bestätigte Martin Neumeyer, Integrationsbeauftragter der Bayerischen Staatsregierung. Integrationspolitik müsse darauf abzielen, Migranten für das Ehrenamt zu gewinnen, wobei sich dieses Ehrenamt nicht in den eigenen kulturellen Zirkeln abspielen sollte. Integration könne dann als gelungen betrachtet werden, wenn es keine eigenen Migrantenvereine mehr gibt, sondern sich Eingewanderte und Einheimische in demselben Verein gleichberechtigt für ein Pro-

jekt oder eine Idee engagieren. Vor allem jüngere Diskutanten nahmen teilweise auch eine kritische Haltung zum Ruf nach mehr Ehrenamt ein. Einerseits werde Engagement von Jugendlichen verlangt. Andererseits werde jungen Menschen durch Umstrukturierungen im Bildungssystem wie die Einführung des G8, Ganztagschulen und die Bologna-Reform an den Hochschulen massiv Freiräume für Engagement genommen. „Auch der berufliche Alltag junger Menschen hat sich geändert, sie müssen viel flexibler sein“, bestätigte der 27 Jahre alte CSU-Stadtrat Aron Schuster. Auf Ehrenämter wie ein sechsjähriges Stadtratsmandat könnten sich Jüngere kaum einlassen: „Sie bleiben oft nicht so lange in einer Stadt.“

Gravierende Änderungen

Gravierende Veränderungen im Ehrenamt machten die Mitglieder an dem von Ex-Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein geleiteten Kirchen-Tisch aus. Die Zahl derjenigen, die bereit sind, hier freiwillig mitzuarbeiten, gehe immer stärker zurück. Oft ist es kaum noch möglich, die Listen für den Pfarrgemeinderat voll zu bekommen, berichtete der Würzburger Landtagsabgeordnete Oliver Jörg, Vorsitzender der Arbeitsgruppe Aktive Bürgergesellschaft der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag.

Ungewöhnliche Utopien

Auch ungewöhnliche Utopien wurden gesponnen, beispielsweise ein fernsehfreier Tag pro Woche, der die Menschen aus ihren bequemen Wohnzimmeresseln holen sollte. „Wäre ich König, würde ich das einführen“, schmunzelte Pfarrer Werner Schindelin, Vorsitzender der Stiftung Wohnstätten für behinderte Menschen in Würzburg. Weniger utopisch war der an seinem Tisch zum Thema „Behinderung“ diskutierte Vorschlag, eine finanzielle Anerkennung für Ehrenamtliche einzuführen. Das hätte auch Vorteile für Hauptamtliche, so eine Teilnehmerin: „Bei einer finanziellen Gegenleistung können wir auch einmal sagen: ‚Nein, so geht das nicht.‘ Bei reiner Freiwilligkeit fällt das schwer.“ **Pat Christ**



Zurückgehendes kirchliches Engagement stellten die Mitglieder des von Ex-Ministerpräsident Dr. Günther Beckstein und dem Landtagsabgeordneten Oliver Jörg geleiteten „Kirchentischs“ fest. Foto: Pat Christ

Widerspruch der CSU

Das traf auf den Widerspruch der CSU, die in Kloster Banz tagte. Fraktionsvorsitzender Georg Schmid hatte gleich nach der FDP-Klausur versichert, man wolle beim ausgeglichenen Etat

Wir gratulieren

ZUM 65. GEBURTSTAG

Bürgermeister Norbert Probst
92272 Freudenberg
am 4. 10.

Bürgermeisterin Gunhild Wiegner
91099 Poخدorf
am 29. 9.

ZUM 60. GEBURTSTAG

Bürgermeister Ludwig Göhl
96187 Stadelhofen
am 2. 10.

Bürgermeister Fritz Haaf
86923 Finning
am 10. 10.

Bürgermeister Albert Höchstetter
93092 Barbing
am 29. 9.

ZUM 55. GEBURTSTAG

Bürgermeister Siegfried Heß
91578 Leutershausen
am 11. 10.

ZUM 50. GEBURTSTAG

Bürgermeister Lorenz Braun
86559 Adelzhausen
am 2. 10.

Bürgermeister Norbert Bücherl
92271 Freihung
am 8. 10.

Bürgermeister Franz Kraß
94060 Pocking
am 10. 10.

Bürgermeisterin Liane Sedlmeier
94486 Osterhofen
am 11. 10.

ZUM 40. GEBURTSTAG

Bürgermeister
Otto Lederer
83104 Tuntenhausen
am 11. 10.

Hinweis in eigener Sache:
Trotz aller Bemühungen sind unsere Daten nicht vollständig. Wir bitten deshalb um rechtzeitige Bekanntgabe bevorstehender runder Geburtstage.

SPD-Landtagsfraktion:

Modell für starke Regionen

Aus dem „Sturm im Wasserglas“, den die Staatsregierung mit ihrer Ankündigung einer radikalen Neufassung von Landesentwicklungsprogramm (LEP) und Landesplanungsgesetz (LPIG) ausgelöst hat, ist nach dem ersten Entwurf von Wirtschaftsminister Martin Zeil laut BayernSPD nur noch „ein laues Lüftchen im Fingerhut“ übrig geblieben. Bei zunehmenden regionalen Entwicklungsunterschieden ist dieses „Weiter so“ nach Ansicht der Sprecherin der SPD-Landtagsfraktion für den ländlichen Raum, Annette Karl, keine Lösung für die Herausforderungen in Bayern.

Dagegen setze die SPD ein Modell für starke Regionen, das die Umsetzung der Regionalisierung der Wirtschafts- und Strukturpolitik in Bayern gewährleisten kann - ohne neue Verwaltungsebenen, ohne neues Geld und ohne neues Personal. Karl, stellvertretende Vorsitzende der BayernSPD, stellte das Modell „Kompetenz vor Ort - starke Regionen für ein starkes Bayern“ jetzt im Münchner Maximilianum vor.

In den letzten Jahrzehnten haben sich Karl zufolge die Teilräume Bayerns kontinuierlich auseinander entwickelt. Der Abstand zwischen reichen und armen, zwischen starken und strukturschwachen Räumen sei gestiegen. Deshalb wachse der Bedarf an vorausschauender Regional- und Landesplanung und einer starken Landesentwicklungspolitik.

Gleichwertige Lebensverhältnisse müssten Ziel der Landespolitik bleiben. Dazu gehöre eine starke regionale Planungs- und Gestaltungsebene, um einerseits die Koordination zwischen den Fachpolitiken im Raum zu gewährleisten und eine effektive regionale Strukturentwicklungspolitik zu ermöglichen.

„Wir brauchen starke Regionen, um ein Bindeglied zwischen den selbstbewussten und gestaltungstarken Kommunen und dem Land herzustellen“, heißt es in dem Papier. „Eine Auflösung der regionalen Planungsverbände“ ist nach Meinung der SPD-Landtagsfraktion „genau der falsche Weg und führt in eine Verstaatlichung und somit zu einer Aufblähung der

Bürokratie der Ministerien und der Landesämter.“ Dies wiederum habe „einen noch größeren Zentralismus und eine noch stärkere Fernsteuerung der Regionen aus der Staatskanzlei in München“ zur Folge.

Ebenfalls nicht zielführend sei eine Verlagerung der Regionalplanung auf die Ebene der Landkreise. Viele Aspekte wie Naturschutz, Freiraumsicherung, aber auch die Wirtschaftsentwicklung (z. B. Einzelhandel und Versorgung) benötigten eine regionale Koordination und Optimierung oberhalb der Ebene der Landkreise.

Schlanke Verwaltung

Das SPD-Konzept verzichtet auf die Bildung neuer Verwaltungsebenen und neuer bürokratischer Strukturen. Als ersten Schritt sieht es eine Ausstattung der Regionalen Planungsverbände nach dem Modell Baden-Württemberg als Mindeststandard vor: Diese verfügen über eine eigene schlanke Verwaltung für Regionalplanung, Verkehrsplanung, Tourismus und Wirtschaft.

Das erforderliche Fachpersonal sei direkt beim Verband angestellt und unterstehe dem Verbandsdirektor, der von der Verbandsversammlung gewählt wird. Dieses Fachpersonal sei in Bayern bereits bei den Regionalplänen und Ministerien vorhanden und brauche nur umgesetzt werden. Neueinstellungen seien nicht erforderlich. Der Freistaat habe dabei eine entsprechende Mindestausstattung der Regio-

nalen Verbände durch eine institutionelle Grundförderung sicherzustellen.

Annette Karl: „Mit einer eigenen handlungsfähigen Organisation sind die Regionen in der Lage, ihre Planungsaufgaben unmittelbar und kompetent zu erfüllen. Die RPV sind auch für die Verwaltung der von uns geforderten Regionalfonds zuständig. Zudem können sie je nach Bedarf weitere Dienstleistungen für die Kommunen erfüllen (GIS-Daten, Beratung bei Regionalmanagement, Koordination des Regionalmarketing, überörtliche Verkehrsentwicklung etc.)“

Dialog mit Kommunen

Aufgrund der unterschiedlichen Problemlagen in den bayerischen Regionen will die BayernSPD über dieses Modell der starken Regionen hinaus einen Dialog mit den Kommunen, den Wirtschaftsverbänden, den Vereinen und Verbänden und den Bürgerinnen und Bürgern in den Regionen über die erforderliche Ausgestaltung ihrer Region anstoßen. Dabei sollten bewusst landesrechtlich Spielräume eröffnet werden, damit im Falle eines regionalen Konsenses auch weiter reichende Lösungen für die Stärkung der regionalen Ebene gefunden werden können. In diesem Dialogprozess sollte über den optimalen Zuschnitt der einzelnen Regionen entschieden werden.

„Es muss auch möglich sein, über eine Verankerung der Landesplanung bei den Bezirksräten nachzudenken statt bei den RPV“, betonte Karl und fügte hinzu: „Wir wollen kein Modell von oben überstülpen; aber dort, wo Regionen aus ihrer Problemlage heraus mehr Zuständigkeiten und Kompetenzen fordern, soll der Freistaat einen Prozess moderieren, der zu einem entsprechenden Ergebnis führt und in dessen Rahmen auch eine Dezentralisierung staatlicher Kompetenzen verhandelbar ist.“ **DK**

Deutscher Landkreistag:

Kreisfinanzen vor der Zerreißprobe

Der Deutsche Landkreistag hat jüngst an Bund und Länder appelliert, die Finanzen von Städten, Landkreisen und Gemeinden endlich auf eine tragfähige Grundlage zu stellen. „Es wird höchste Zeit, dass die Kommunen wieder Luft zum Atmen bekommen. Gerade die Soziallasten drücken uns und sind eine schwere Hypothek für die kommenden Jahre“, sagte Präsident Landrat Hans Jrg Duppré.

Das bestehende Finanzierungssystem weise strukturelle Webfehler auf, so dass sich die Kommunen immer weiter verschulden müssten, um ihre Aufgaben zu erfüllen. „Der Gemeindefinanzkommission kommt daher eine Schlüsselrolle zu, um die Kommunen strukturell zu stärken und ihre Abhängigkeit von Zuweisungen zu verringern, damit sie nicht dauerhaft am Tropf der Länder hängen.“

Dramatische Lage

Duppré machte auf die dramatische Lage der Kommunen aufmerksam: „Die Schulden der Städte, Landkreise und Gemeinden betragen im ersten Quartal dieses Jahres 117 Mrd. Euro, was eine Steigerung um 4,7 % gegenüber dem ersten Quartal des Vorjahres darstellt. Allein die Kassenkredite haben um 18,2 % zugenommen, deren Höhe aktuell 37,3 Mrd. Euro beträgt. Daran ist die Dynamik der Schuldenspirale abzulesen“, sagte er. Für dieses Jahr erwartet Duppré zudem ein Finanzierungsdefizit

von bis zu 15 Mrd. Euro, was einen neuen Höchststand darstellen würde. Die Finanzsituation der Kreise werde sich um 1,6 Mrd. € verschlechtern; 43,5 % aller Kreishaushalte seien bereits zu Beginn der Krise defizitär. „So kann und darf das nicht weitergehen. Ich habe die größten Befürchtungen um die Kreishaushalte, da die Spitze des Eisberges erst in den nächsten Jahren sichtbar werden wird. Besonders 2011 wird es mit einem kommunalen Rekorddefizit von 16 ½ Mrd. € so hart wie nie.“

Strukturelle Probleme

Als Besonderheit an der kommunalen Finanzlage im Vergleich zu den ebenfalls hoch verschuldeten Haushalten von Bund und Ländern stellte Duppré heraus, dass die Kommunen strukturell unterfinanziert seien und nicht über die Instrumente verfügten, daran etwas zu ändern. „Besonders machtlos sind wir im sozialen Bereich, wo eine Vielzahl von Leistungsgesetzen die Ausgaben diktieren, ohne

dass wir daran etwas ändern könnten. Besonders zu Buche schlagen hier die Leistungen für Menschen mit Behinderung sowie Arbeitslose.“ Die Kommunen würden mittlerweile jährlich für soziale Leistungen über 40 Mrd. Euro ausgeben, wobei die Kosten pro Jahr in Milliardenhöhe steigen. Hauptlasttrger sind hier die Landkreise, wie jüngst auch die Gemeindefinanzkommission festgestellt hat. In den Kreishaushalten sind mittlerweile 70 bis 80 % der Ausgaben für soziale Leistungen gebunden. „In diesem Bereich wird es ohne Kürzungen nicht gehen“, so Duppré.

Systematische Lösung

Hierfür bedürfe es nach seiner Auffassung einer grundsätzlichen und systematischen Lösung. Schließlich hätten die Kommunen gegenüber ihren Bürgern eine große Verantwortung, der sie aus eigener Kraft mit den dafür notwendigen Mitteln gerecht werden müssten. „Dazu zählt beispielsweise, die kommunale Steuerbasis zu verbreitern, die kommunalen Einnahmen besser zwischen finanzschwachen und finanzstarken Kommunen zu verteilen und soziale Leistungen und Subventionen nicht ständig weiter zulasten der kommunalen Haushalte auszubauen.“

Kostenwirksamkeit

Außerdem müssten die Kommunen besser vor kostenwirksamen Bundesgesetzen geschtzt werden. „Wir fordern die Verantwortlichen in der Gemeindefinanzkommission auf, die Kostenwirksamkeit für die Kommunen bei Gesetzesvorhaben des Bundes von vornherein in den Blick zu nehmen und verlässlich zu berechnen. Dies wäre ein wichtiger Schritt in die richtige Richtung und würde zumindest einen ersten Beitrag zur Lösung des strukturellen Gesamtproblems der Unterfinanzierung der Kommunen leisten“, so Duppré abschließend.

Fachtagung:

Der Wind weht stärker

In einer Fachtagung der Bayerischen Akademie Ländlicher Raum in Kooperation mit dem Bayerischen Gemeindetag und dem Bayerischen Bauindustrieverband beschäftigt man sich mit dem Thema Windenergie speziell in Bayern.

Die Rolle der Windenergie ist in Bayern derzeit eher bescheiden. Bayern ist kein Küstenland, aber auch bei uns gibt es ein beachtliches Windpotenzial - ein Blick in den neuen Windatlas zeigt das.

Gemeinsam mit den Referenten soll am 18. November 2010 in München zunächst die technischen und rechtlichen Aspekte der Windenergie beleuchtet werden. Auch ihre problematischen Seiten, sei es für die Nachbarschaft, sei es für das Orts- und Landschaftsbild, werden dann kritisch erörtert. Ein zentrales Thema wird schließlich sein, ob und wie die Windenergie zur regionalen Wertschöpfung beitragen kann.

Weitere Informationen und Anmeldung:
www.akademie-bayern.de

Deutscher Landkreistag zur Städtebauförderung:

Sparen, aber mit Augenmaß

Anlässlich der Sonderkonferenz der Landesbauminister mit Bundesminister Peter Ramsauer hat der Deutsche Landkreistag eindringlich davor gewarnt, vom nächsten Jahr an die Bundesmittel für die Städtebauförderung um die Hälfte von 610 Mio. Euro auf 305 Mio. Euro zu kürzen. Hauptgeschäftsführer Prof. Dr. Hans-Günter Henneke nahm an dem Treffen teil und sagte: „Sollte es zu einer derart drastischen Kürzung der Fördermittel für den Städtebau kommen, trifft dies strukturschwache ländliche Räume ins Mark, obwohl gerade dort Zukunftsinvestitionen dringend nötig sind. Hier muss es im Gesetzgebungsverfahren dringend zu einer Entschärfung kommen.“ Zudem appellierte er an die Länder, die drohenden Kürzungen durch eigene Mittel auszugleichen, zumindest aber die bisherigen Kofinanzierungsmittel im Volumen aufrechtzuerhalten.

Henneke zeigte grundsätzliches Verständnis für die Sparbemühungen des Bundes: Es stnde außer Frage, dass enorme gemeinsame Kraftanstrengungen notwendig seien, um die Ausgaben der öffentlichen Haushalte insgesamt zurückzuführen. „Wir sollten aber bei den für die Zukunftsperspektive unseres Landes wichtigen Investitionen - etwa bei der Anpassung an den demografischen Wandel oder die ökologische Stadterneuerung - mit Augenmaß vorgehen. Ergebnis unserer Sparanstrengungen darf jedenfalls nicht sein, gerade den strukturschwachen Gebieten wichtige Fördermittel zu entziehen, die dort dringend benötigt werden.“ Sonst könne der oh-

nehin schon schwierige Strukturwandel in den Kommunen vor Ort nicht gemeistert werden und man belaste letztlich die Allgemeinheit mit einer schweren Hypothek und hohen Ausgaben für kommende Jahrzehnte.

Programme für kleine und mittlere Gemeinden

Der DLT-Hauptgeschäftsführer lobte auf der anderen Seite die Initiative des Bundes, fortan über ein neu aufgelegtes Förderprogramm gerade kleinen und mittleren Gemeinden im ländlichen Raum gezielt unter die Arme greifen zu wollen. „Derartige Impulse sind richtig und wichtig. Gerade auch deshalb ist es der

Sache nicht dienlich, wenn im Bereich der Städtebauförderung einerseits neue Programme aufgelegt, andererseits aber die finanziellen Mittel empfindlich gekürzt werden. Hier stehen aber auch die Länder in der Pflicht, drohende Kürzungen so gut es geht durch den Einsatz von Landesmitteln abzufangen.“ Städtebauförderung sei schließlich Ländersache, so Henneke.

Heizkostenkomponente

Strikt zurück wies er daneben die ebenfalls auf der Bauministerkonferenz debattierten Sparvorschläge des Bundes beim Wohngeld: „Zwar hat der Bund von der Kürzung des Wohngeldes Abstand genommen, hält allerdings weiter an der Streichung der Heizkostenkomponente fest. Dies würde dazu führen, dass bedürftige Bürger vermehrt Leistungen ihrer Wohnkosten in Anspruch nehmen müssten. Dabei handelt es sich aber letztlich nur um eine Lastenverschiebung vom Bund auf die Kommunen, was wir ablehnen. Echtes Sparen ist das jedenfalls nicht“, so Henneke abschließend.

GZ

Kolumne
Georg Huber

Liebe Leserinnen und Leser,

Doppik oder Kameralistik, Ressourcenverwaltung oder zahlungsorientierte Buchführung? Vor dieser Grundentscheidung stehen in Zeiten leerer Kassen und steigender Staatsverschuldung immer mehr Kommunen. Denn anders als es die lateinische Wortherkunft von „camera“ als fürstliche Schatztruhe vermuten lässt, war und ist die bisher vorherrschende Kameralistik nicht unbedingt der Garant für finanziellen Wohlstand in der Kommune. Die reine Reduzierung der Haushaltsaufstellung auf die im Haushaltsjahr fälligen Einnahmen und Ausgaben verweigert der Kommune und ihren Entschei-



Überblick über die zukünftige Entwicklung des kommunalen Haushalts. Künftige Belastungen werden dabei ebenso berücksichtigt wie etwa Reserven für die Zukunft. Ausgaben, die bereits in der Gegenwart festgelegt werden, aber erst in der Zukunft rechnerisch anfallen, werden dadurch bereits in der laufenden Haushaltsperiode als Aufwand ausgewiesen.

Gerade im Hinblick auf die demographische Entwicklung ist es von größter Notwendigkeit, künftige Belastungen nicht nur zu erahnen, sondern sie auch im tatsächlichen Handeln zu berücksichtigen. Wir sind es unseren nachfolgenden Generationen schuldig, bereits heute verantwortungsvoll und vorausschauend mit den uns zur Verfügung stehenden Ressourcen umzugehen.

Gerade die Pensionsbelastungen von Kommunalbeamten müssen deshalb in den Haushalt einkalkuliert werden. So berücksichtigt der Landkreis Mühldorf a. Inn seit Einführung der Doppik im Jahr 2006 die Tatsache, dass in den nächsten 15 Jahren 53 Prozent seiner Kreisbeamten in Pension gehen und bildet deshalb die entsprechenden Rückstellungen in seinem Haushalt ab.

Unsere Erfahrung im Landkreis Mühldorf hat gezeigt, dass der doppische Jahresabschluss vor allem ein größeres Maß an Information und Transparenz für die Mitglieder von Verwaltung und politischen Gremien mit sich bringt. Die anfängliche Skepsis und teilweise auch Kritik aus der Verwaltung ist durch die externe und interne, gute und fachlich fundierte Begleitung und Betreuung einem sehr offenen und aktiven Mitarbeiter gewichen.

Die Umstellungsphase und die vergangenen fast fünf Jahre Praxiserfahrung mit der Doppik haben bei allen Vor- und Nachteilen der beiden Systeme eines deutlich gezeigt: Nur durch eine vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen beiden Seiten - kameralistischer Verwaltungstradition sowie wirtschaftsnaher und wirklichkeitsnaher Ressourcenverwaltung durch die Doppik - kann der Übergang reibungslos sichergestellt werden. Nur durch positives, zukunftsorientiertes, innovatives und aufgeschlossenes Denken und Handeln können der optimale Nutzen und die damit verbundenen Chancen aus der Doppik gezogen werden.

Ihr Georg Huber

Gemeinden zur Städtebauförderung:

Keine Kürzung der Mittel!

Der Bayerische Gemeindetag appellierte an Bundesminister Peter Ramsauer, die Städtebaufördermittel des Bundes nicht zu kürzen.

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl in einem Schreiben an Ramsauer: „Mit der Städtebauförderung wurde und wird in Bayern gerade im ländlichen Raum ein ganz wesentlicher Beitrag zur Bewältigung der stdtetebaulichen, demographischen, ökologischen und sozio-ökonomischen Herausforderungen ge-

leistet. Bei allem Verständnis für die Bemühungen des Bundes, eine nachhaltige Haushaltskonsolidierung herbeiführen zu wollen, darf nicht am falschen Ende, also zu Lasten der ohnehin durch die Finanzkrise arg gebeutelten Gemeinden gespart werden. Wie kaum ein anderes Instrument stellt die Städtebauförderung einen wirkungsvollen Motor für die Konjunktur vor Ort und damit zur Schaffung und zum Erhalt von Arbeitsplätzen dar. Dies gilt vor allem für die struktur-

schwachen Gemeinden des ländlichen Raums, die auf entsprechende Impulse und staatliche Hilfestellungen auch in Zukunft angewiesen sind.“

Erfolgreiches Instrument

Die Städtebauförderung habe sich als erfolgreiches Steuerungsinstrument einer nachhaltigen Struktur- und Stadtentwicklungspolitik erwiesen. Brandl: „Wir appellieren deshalb dringend, von Einsparungen im Bereich der Städtebauförderung abzusehen und den Gemeinden dieses wirkungsvolle und segenreiche Instrument ungeschmälert zu belassen.“

Bayerische
Landessiedlung®Energie und Kommunale Entwicklung
Erneuerbare Energien als StandortvorteilStraenbeleuchtung
Innovative Beleuchtungskonzepte
für Städte und GemeindenSolarenergie
Planung und Projektierung
von PhotovoltaikanlagenBaulandentwicklung
Wohn- und Gewerbegebietser
erschlieungBayerische Landessiedlung GmbH
Franziskanerstraße 14
81669 München
Tel. (0 89) 23 87-0
info@bls-bayern.de
www.bls-bayern.deInformationen:
www.bls-bayern.de

ENTWICKELN · ERSCHLIESSEN · GESTALTEN · WERTE SCHAFFEN

Konjunkturpaket II:

Umsetzung auf Hochtouren

Halbzeitbilanz von Herrmann und Fahrenscho

In Bayern läuft die Umsetzung des Konjunkturpakets II (KP II) auf Hochtouren. „Der Freistaat und die Kommunen haben die 1,4 Milliarden Euro Bundesmittel auf mehr als 2,2 Milliarden Euro aufgestockt. Damit konnten wir fast 3.500 Maßnahmen anstoßen. Jetzt zur Halbzeit sind nahezu alle Mittel für laufende Projekte gebunden“, resümierte Finanzminister Georg Fahrenscho.

Innenminister Joachim Herrmann konkretisierte: „Vor allem die bayerischen Kommunen profitieren mit 1,7 Milliarden Euro für Projekte in den wichtigen Zukunftsfeldern Bildung, Forschung, Klimaschutz und Infrastruktur ganz wesentlich vom KP II. Für staatliche Maßnahmen wie den Um- und Ausbau sowie die Bestandserhaltung der bayerischen Staatsstraßen stehen uns 100 Millionen Euro zur Verfügung.“ Die beiden Minister zogen jüngst im Rahmen einer Pressekonferenz in Karlsfeld zur Umsetzung des zweiten Pakets in Bayern eine positive Bilanz: „Das Konjunkturpaket ist ein voller Erfolg. Die Konjunktur wird belebt, die Auftragslage hat sich bei vielen Unternehmen spürbar verbessert. Und nicht zuletzt kommen die Maßnahmen auch dem Klimaschutz zu Gute.“

Modernisierungen

„Allein von den fast 800 Millionen Euro für die energetische Modernisierung kommunaler Einrichtungen können rund 700 Schulen, 500 Kindertagesstätten und 300 kommunale Verwaltungsgebäude erneuert werden. Die Gelder für staatliche Projek-

te setzen wir bis 2011 schwerpunktmäßig für die Bestandserhaltung, für kleinere Baumaßnahmen zur Verbesserung der Verkehrssicherheit und für die Flughafentangenten Ost ein“, so Herrmann.

Energetische Sanierung

Die Gemeinde Karlsfeld finanziert die laufende umfassende

de energetische Sanierung ihrer Hauptschule aus Mitteln des KP II. Dazu gehört neben der Sanierung der Außenfassaden auch der Anschluss der Hauptschule an das Fernwärmenetz. Herrmann: „Das mehr als 35 Jahre alte Schulgebäude befindet sich nach abgeschlossener Sanierung energetisch auf dem Stand eines Neubaus. Wir können so den Energieverbrauch auf die Hälfte reduzieren.“ Die Gemeinde Karlsfeld erhält für die 3,3 Millionen Euro teuren Maßnahmen rund 2,3 Millionen Euro an Zuschüssen.

Um den negativen Auswirkungen der Finanz- und Wirtschaftskrise entgegenzuwirken, hat die unionsgeführte Bundesregierung 2008 und 2009 zwei Konjunkturpakete geschnürt. Aus dem Konjunkturpaket II stehen bis 2011 Finanzmittel für Investitionen unter anderem in Schulen, Kindergärten und sonstige öffentliche Gebäude sowie für Straßenbaumaßnahmen zur Verfügung. □

Fachtagung in Nürnberg:

Kommunales Krankenhausmanagement

Die kommunalen Krankenhäuser machen den größten Anteil der öffentlichen deutschen Krankenhäuser aus und tragen damit die Hauptlast der stationären Gesundheitsversorgung. Mit ihrer Zielsetzung, die am Gemeinwohl orientiert ist, versorgen sie die Bevölkerung flächendeckend und wohnortnah. Sie stehen unter besonderem Druck: Strukturen sollen effizienter werden, wirtschaftlich sollen sie sein und den neuesten technologischen Anforderungen genügen. Die Fachtagung „Kommunales Krankenhausmanagement“ des Forums MedTech Pharma am 13. Oktober in Nürnberg befasst sich umfassend mit folgenden Themen:

- Erfolgsbedingungen für die kommunale Versorgung
- Kooperationen und Netzwerke
- Kosten- und Prozessmanagement

Auf der Tagung können sich Verantwortliche aus Versorgungseinrichtungen, Unternehmen und Politik austauschen und aktuelle Beispiele und Entwicklungen in der kommunalen stationären Krankenversorgung mit Vertretern der Gesundheitswirtschaft und -wissenschaft diskutieren.

Weitere Informationen: www.medtech-pharma.de □

Kommunale Steuern:

Einnahmen im Abwärtstrend

Ausgaben steigen weiterhin an

Im Gegensatz zu der in den Medien verbreiteten Stimmung, die Deutsche Wirtschaft „boome“ inzwischen wieder, sind die kommunalen Steuereinnahmen weiterhin rückläufig. Mit 4.899,5 Mio. Euro sind bei den bayerischen Gemeinden im 1. Halbjahr 2010 um 154,4 Mio. Euro (- 3,1 %) weniger Steuern eingegangen als im gleichen Vorjahreszeitraum. Im Vergleich zum Jahr 2008 beträgt das Minus 608,8 Mio. Euro (- 11,1 %). Die Zahlen des 2. Quartals 2010 geben jedoch zumindest im Bereich der Gewerbesteuer Anlass zur Hoffnung auf Besserung im weiteren Jahresverlauf. Die Unternehmen haben nämlich von April bis Juni wieder mehr Gewerbesteuer an die Gemeinden überwiesen als noch in den Monaten Januar bis März. Im Gegenzug war allerdings der Gemeindeanteil an der Einkommensteuer um rund 100 Mio. Euro (- 7,6 %) geringer.

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Auch wenn die aktuellen Zahlen keine so dramatischen Verluste wie im vergangenen Jahr mehr aufweisen, so darf das nicht darüber hinwegtäuschen, dass sich die Einnahmensituation der Gemeinden insgesamt

immer noch im Abwärtstrend bewegt. Außerdem drücken uns die weiter steigenden Ausgaben. Es bleibt abzuwarten, ob der Wirtschaftsaufschwung nach Auslaufen der staatlichen Konjunkturprogramme selbsttragend ist und wann er zu einem Wiederanstieg

der gemeindlichen Steuereinnahmen führt. Die Durststrecke für die Kommunen ist nach unserer Einschätzung noch nicht überwunden. Sie wird im kommenden Jahr durch die Umlagenproblematik zusätzlich belastet werden.“

Neue Statistiken

Das Bayerische Landesamt für Statistik und Datenverarbeitung hat jüngst die Übersichten über die Steuereinnahmen der Gemeinden, Märkte und Städte in Bayern laut Kassenstatistik im 2. Quartal 2010 bzw. zusammengefasst im 1. Halbjahr 2010 zur Verfügung gestellt. □

Aufgaben...

(Fortsetzung von Seite 1) Landkreise fordern den Bund und die beiden Länder auf, von weiteren kostenpflichtigen Lastenverschiebungen auf die kommunale Ebene abzusehen. Die Kreise, so die Landräte Kreidl und Sager, seien nicht mehr in der Lage, für Fehlleistungen des Staates in die Bresche zu springen oder als Ausfallbürgen zu fungieren.

Große Sorge mache den Kreisvertretern die festzustellende weitere Schwächung und Benachteiligung des ländlichen Raums. Notwendig und vordringlich sei u.a. ein nachhaltiger Ausbau der Fläche mit leistungsfähigen DSL-Verbindungen (Breitband) als Universaldienstleistung des Staates. Zwischen den Städten und dem ländlichen Raum darf es nicht zu einem „Internet-Gefälle“ kommen, sonst würden die schon bestehenden Ungleichgewichte noch weiter verstärkt. □

Zivildienst sichern...

(Fortsetzung von Seite 1) herben Einschnitte, die beim Wegfall des verpflichtenden Zivildienstes eintreten würden, freiwillige Dienste generell attraktiver ausgestaltet werden müssten.

Anrechenbarkeiten

„Sinnvoll wäre es beispielsweise, den freiwilligen Dienst auf die Wartesemester für einen Studienplatz anzurechnen oder für die Dienstzeit Rentenbeiträge zu leisten. Hier können wir noch an vielen Stellschrauben die Attraktivität erhöhen, um zu einer echten und nicht nur symbolischen Anerkennungskultur zu gelangen und Menschen wirksame Anreize zu bieten.“ Zu denken wäre zudem an die Festschrei-

bung einer Regeldienstzeit von einem Jahr, um den sozialen Trägern Planungssicherheit zu gewährleisten und sicherzustellen, dass der Freiwilligendienst auch wirksam sei.

Neuer Freiwilligendienst auch für Frauen und Alte

Eine Chance liegt nach Ansicht des Verbandspräsidenten auch darin, dass ein neuer Freiwilligendienst vermehrt Frauen und ältere Menschen ansprechen könnte, auch wenn klar sei, dass ein Wegfall des Zivildienstes keinesfalls kompensiert werden könne. „Das bestehende System geht im Wesentlichen von der Wehrpflicht und dem ersatzweisen verpflichtenden Zivildienst aus, in dem nach wie vor die

meisten Freiwilligendienste geleistet werden. Wenn es auf diese Weise gelingen könnte, auch die Potenziale von Frauen und älteren Mitbürgern – etwa Rentnern – für gesellschaftliche und soziale Aufgaben fruchtbar zu machen, wäre das eine tolle Sache.“

Doppelstrukturen

Leider enthalte der Vorschlag von Bundesfamilienministerin Schröder keine Aussagen zum Konkurrenzverhältnis zu anderen Freiwilligendiensten wie etwa dem Freiwilligen Sozialen Jahr. „Wichtig ist aber, dass keine Parallel- und Doppelstrukturen entstehen oder ausgebaut werden“, meinte Duppré abschließend. **DK**

Kultur in Bewegung...

(Fortsetzung von Seite 1) Tag des offenen Denkmals die Möglichkeit, die im Landkreis gelegenen Teilstücke der Römerstraße Via Julia Augsburg-Salzburg aus der römischen Kaiserzeit näher kennen zu lernen und sie aus dem Blickwinkel der Denkmalpflege zu betrachten. In Landshut boten ausgewiesene Experten insgesamt 15 Führungen an, etwa durch die Jugendherberge, zu alten Handels- und Transportwegen, zu Eisenbahnverbindungen oder zur internationalen Bau- und Gartenkultur im Hofgarten.

Handelsplätze

So berichtete beispielsweise der Leiter des städtischen Tiefbauamtes Baudirektor Gerhard Anger über die Geschichte der Bahnlinie Landshut-Neumarkt (St. Veit) und die des Bahnhofs Landshut Süd und zeigte die derzeit laufende städtebauliche Entwicklung des Geländes auf. Gerhard Tausche und Dr. Mario Tamme vom Stadtarchiv sowie Baureferendarin Isabel Strehle haben eine neue Führungslinie zu wichtigen Handelsplätzen und -routen in Landshut erarbeitet, die sie mit acht Schautafeln illustrierten, die über Alt- und Neustadt verteilt waren. Prof. Dr. Georg Spitzlberger widmete sich in zwei Exkursionen längst vergessenen Altstraßen und die Freiraumplanerin Uschi Engels-Pöllinger spürte internationalen Einflüssen und Vernetzungen im Hofgarten nach.

In Fürth präsentierte Stadtheimattpflieger Alexander Mayer die Fürther Verkehrsgeschichte. In Prien am Chiemsee wurde mit einer Ausstellung im Heimatmuseum an die 150-jährige Eisenbahngeschichte erinnert. Ölbilder, Holzstiche und Fotos zeigten die rasante Entwicklung des bis dahin beschaulichen Örtchens.

Publikumsmagnet

Im Landkreis Miltenberg war die Gotthardsruine in diesem Jahr der absolute Publikumsmagnet: Über 1000 Gäste wurden auf der Burgruine im Odenwald gezählt. Beim Fest auf dem Gotthardsberg, zwischen Amorbach und Weilbach gelegen, wurde nicht nur viel gegessen und getrunken, auch das Interesse der Bürger an den Ausgrabungen an der Ruine war überwältigend. In mehreren Führungen erklärten Harald Rosmanitz und Christine Reichert Wissenswerte zur Geschichte der Ruine und den Ausgrabungen, die in Zusammenarbeit der Heimatvereine aus Amorbach und Weilbach unter Regie des Archäologischen Spessartprojektes erfolgten und mit dem Fest beendet wurden.

Bei der Sternwanderung in Dorfprozelten, die unter dem Motto „Nonnenbild – Geschich-

ten und Geschichtchen“ stand, befand sich der Weinort Erlentbach im Mittelpunkt des Interesses. Hier erfuhren die Besucher viel Wissenswertes über die Geschichte des Weinbaus am Main.

In der Römerstadt Obernburg wurden Führungen zu zwei verschiedenen Themen angeboten. Zum einen gab es Informationen über „1900 Jahre Römerstraße“, des weiteren wurden im Römermuseum die frühesten schriftlichen Nachweise der Flößerei auf dem Main präsentiert. In Elsenfeld hörten die Bürger Wissenswertes über den „Harzofen“ und den „Bildbaum“ und erfuhren von so mancher Sage aus alten Zeiten. In Schiffahrtsmuseum in Wörth laschten die Besucher zwei Lichtbildvorträgen zum Thema „Schiffe und Fähren“.

Auch die Kirchen beteiligten sich wieder am Tag des offenen Denkmals. Angeboten wurden Führungen in Kirchen, Klöstern, Pfarrhäusern und -gärten. Zum Programm gehörten ebenso Mitmachangebote. So gab es für Besucher auf dem Kirchplatz der evangelischen St.-Jakobs-Kirche in Rothenburg ob der Tauber (Kreis Ansbach) einen Pilgerparcours. In Hallertendorf (Kreis Forchheim) ging es nach dem Gottesdienst auf Pilgerwanderung, und die evangelische Himmelfahrtskirche in München lud ein zu einer Kaufmannsbrötzeit mit anschließendem Spaziergang auf der historischen Handelsroute von München nach Venedig.

Engagement

Zum „Tag des offenen Denkmals“ verlieh Kunstminister Wolfgang Heubisch die Bayerische Denkmalschutzmedaille an 24 Persönlichkeiten und Institutionen, die sich in besonderer Weise für den Erhalt des bayerischen Denkmalbestands verdient gemacht haben. Heubisch würdigte das Engagement der diesjährigen Preisträger: „Sie haben sich in besonderer Weise für Denkmalschutz und Denkmalpflege eingesetzt: mit Tausenden von Arbeitsstunden und erheblichen finanziellen Mitteln und nicht zuletzt mit Mut und Zivilcourage. Sie zeigen, dass sich der mitunter mühsame Erhalt historischer Bausubstanz lohnt.“ Er betonte: „Denkmäler prägen das Gesicht unseres Landes. Bayern hat rund 126.000 Baudenkmäler und etwa 55.000 Bodendenkmäler. Denkmäler stiften Identität und Heimatgefühl. Sie sind damit auch ein Stück Lebensqualität.“ Zunehmend seien Denkmäler auch ein bedeutender Wirtschaftsfaktor, sowohl für den Tourismus als auch für zahlreiche, vor allem mittelständisch geprägte und regional orientierte Firmen und Handwerksbetriebe.

Mit der Medaille werden private Denkmaleigentümer, ge-

meinnützige Initiativen, ehrenamtliche Helferinnen und Helfer sowie Vereine und Stiftungen gewürdigt, die sich mit außergewöhnlichen Leistungen um die Denkmalpflege verdient gemacht haben. Die Auszeichnung wird auf Grundlage der Vorschläge von Regierungen, Bezirken, Landkreisen, Kirchen, des Landesamts für Denkmalpflege und Privatpersonen vergeben.

Denkmalschutzmedaille

Mit der Denkmalschutzmedaille wurden heuer unter anderem Schweinfurter Oberbürgermeisterin a. D. Gudrun Grieser für ihr denkmalpflegerisches Engagement um den Erhalt der historischen Altstadt sowie die Dorfgemeinschaft Loffeld (Bad Staffelstein, Landkreis Lichtenfels), vertreten durch 1. Bürgermeister Jürgen Kohmann und Siegfried Vogt, für die Instandsetzung des Schul- und Gemeindehauses, ausgezeichnet. Auch die Gemeinde Oberschweinbach (Landkreis Fürstentum) vertreten durch 1. Bürgermeister Bernhard Schulze, wurde für die Instandsetzung der Schlosskapelle St. Cajetan und des Benefiziatenhauses in Spielberg, Gemeinde Oberschweinbach, geehrt.

Im Rahmen des „Tages des offenen Denkmals“ wird seit 2002 jährlich der „Denkmalpreis des Bezirks Niederbayern“ verliehen. Zum diesjährigen Festakt lud Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein in das Kurhaus Bad Abbach ein.

Die in diesem Jahr mit jeweils 4.000 Euro dotierte Auszeichnung ging für die vorbildliche Instandsetzung von drei denkmalgeschützten Jurahäusern im Ortsteil Oberndorf von Bad Abbach im Landkreis Kelheim gleich an drei Preisträger: Maria und Peter Schreyer, Christa Berghammer sowie Franziska und Alois Schröppel.

Jurahäuser

Die Jurahäuser zählen wegen ihrer soliden Bauart zu den qualitativ hochwertigsten Bauten innerhalb der bäuerlichen Architektur Europas. Ihre Lebensdauer wäre nahezu unbegrenzt, wären nicht viele der Steinhäuser in den wenigen Nachkriegsjahrzehnten einem beispiellosen „Abbruchwahn“ zum Opfer gefallen. In Oberndorf konnten gleich drei hochwertige Jurahäuser gerettet werden. Eine kleine Sensation ist, dass zwei der Häuser sich bis ins 14. Jahrhundert zurückverfolgen lassen und damit zu den frühesten bäuerlichen Mauerwerksbauten in Bayern zählen.

Heute werden die drei Steinhäuser, die ursprünglich abgerissen werden sollten, von ihren Eigentümern bewohnt und sind somit ihrer ursprünglichen Nutzung zugeführt. **DK**

Städtebaulicher Denkmalschutz:

Fachtagung und Erfahrungsaustausch

Baudenkmäler, Ensembles und historische Straßenräume prägen unsere Städte und Gemeinden. Bereits seit 1971 zählen Aufgaben des städtebaulichen Denkmalschutzes zu den Querschnittsaufgaben der Städtebauförderung in Bayern. Der neue Programmansatz „Denkmalschutz West“ der Bund-Länder-Städtebauförderung ermöglicht nun eine besondere Schwerpunktsetzung in historisch und baukulturell besonders bedeutsamen Bauensembles.

In Bayern liegt in den aktuell 70 Programmkommunen der räumliche Schwerpunkt vor allem in den historischen Stadt- und Ortszentren. Städtebauliche Maßnahmen in historischem Umfeld stehen heute vor hohen Anforderungen, da weitere planerische Aspekte wie die Belange von Energieeffizienz oder von wirtschaftlichen oder demographischen Entwicklungen zu berücksichtigen sind.

Die Tagung in Landshut am 13. Oktober bietet den am städtebaulichen Denkmalschutz Interessierten ein Forum zur inhaltlichen Auseinandersetzung mit verschiedenen Themenfeldern aus diesem Aufgabenbereich. Darüber hinaus wird aus kommunaler Sicht über Erfahrungen und innovative Planungsansätze städtebaulicher Erneuerung in historischen Innenstädten berichtet und diskutiert.

Weitere Informationen:

www.stmi.bayern.de/bauen/staedtebauforderung □

GZ-Interview mit DATEV-Vorstandsvorsitzendem Prof. Dieter Kempf:

Kompetenz im kommunalen Markt

Vielfältig und umfangreich gestaltet sich das Produkt- und Leistungsspektrum der DATEV eG Nürnberg für den Public Sector. Der IT-Dienstleister unterstützt Kommunen und kommunale Betriebe in enger Abstimmung mit dem steuerlichen Berater mit einem maßgeschneiderten Software-Angebot rund um das Finanzwesen. Zudem berät DATEV bei der Einführung effizienter Prozesse und Organisationsstrukturen, insbesondere auch bei Doppik-Einführungen, und kann in diesem Gebiet auf eine mehrjährige Erfahrung zurückgreifen, wie DATEV-Vorstandsvorsitzender Prof. Dieter Kempf in einem Gespräch mit der Bayerischen Gemeindezeitung erläuterte.

Während die überwiegende Mehrheit der Länder die Kommunale Doppik verpflichtend eingeführt hat, geht unter anderem Bayern einen Sonderweg. Hier bleibt neben der Doppik alternativ auch die Kameralistik als Buchführungssystem bestehen, was laut Prof. Kempf in der Regel „ein deutlich zögerliches Umstellungsverhalten der Kommunen“ zur Folge hat.

Umstellung auf Doppik

Von der Kameralistik auf die Doppik umzustellen, erfordert neue Arbeitsabläufe und Organisationsstrukturen. Die Geschwindigkeit der Umstellung sei individuell abhängig von den in einer Kommune vorliegenden Voraussetzungen, betonte Kempf. Notwendige Investitionen würden oftmals als größtes Hindernis erachtet. Hier freilich könne der Kommunaldienstleister DATEV aufgrund eines breiten Portfolios „von Leasingangeboten bis DATEVasp“ Abhilfe leisten. DATEVasp (Application Service Provider) beispielsweise erlaube es dem Kunden, umfangreiche Netzwerk- und Serverstrukturen im eigenen Unternehmen zu reduzieren. Hierzu werde ein gesicherter Zugang auf die DATEV-Anwendungen im eigenen Rechenzentrum zur Verfügung gestellt.

„Fleißaufgabe“

Als weitere „gedankliche Hürde in vielen Kommunen und kommunalen Betrieben“ bezeichnete Kempf die Bewertung des Anfangsvermögens. Dieser Prozess – „im Grunde eine Fleißaufgabe“ – ist nach seiner Einschätzung allerdings „weit weniger kompliziert als viele glauben“. Größtes sichtbares Problem sei „die fehlende mentale Vorbereitung auf den Umstellungsprozess und die falsche Erwartungshaltung, was dessen Ergebnis betrifft“. Fakt sei: „Eine Kommune, die vorher kein Geld hat, hat auch nachher keines“, machte der DATEV-Vorstand

deutlich. Zwar verfüge man am Ende über mehr Wissen und einen deutlich besseren mehrjährigen Überblick – „sowohl nach hinten für Zeitreihenvergleiche als auch nach vorn“. Jedoch



Prof. Dieter Kempf.

schütze auch dies nicht vor Budgetdefiziten.

Kempf hob hervor, dass der steuerliche Berater grundsätzlich als „Intermediär zwischen der Gemeinde und DATEV“ agiert. Falls von diesem gewünscht, offeriere das Nürnberger Unternehmen unter anderem „Consulting-Leistungen in Umstellungsprozessen“.

IRES-Untersuchung

Wie sich die Stimmungslage der deutschen Kommunen in Bezug auf die Doppik-Einführung aktuell darstellt, zeigt eine Untersuchung des Düsseldorfer Marktforschungsinstituts IRES im Auftrag von DATEV. 2008 und 2009 wurden in fünf Bundesländern (Bayern, Brandenburg, Niedersachsen, Nordrhein-Westfalen, Sachsen) und dort in 274 Kommunen Bürgermeister, Kämmerer und Leiter des Finanzbereichs befragt. Die Untersuchungen konzentrierten sich auf Städte und Gemeinden mit maximal 80.000 Einwohnern, da sie die Masse der Umstellungs-

kandidaten bilden – gut zwei Drittel der Befragungen entfielen auf die Spanne zwischen 5.000 und 30.000 Einwohner.

Wie die Studie zunächst belegt, erwartet die große Mehrheit, dass die anstehende Umstellung ihres Finanzwesens mit Schwierigkeiten verbunden sein wird – was die Umsteller im Rückblick in vergleichbarem Maße auch als zutreffend bestätigten. Sie sprachen von einem insgesamt hohen, personellintensiven Aufwand. Zudem ergaben sich sowohl Vermögensbewertungs- als auch Softwareprobleme sowie Schwierigkeiten mit der Qualifizierung und Motivierung der Mitarbeiter.

Unausgereifte Programme

Bei der Software hatten die Kommunen teils mit unausgereiften Programmen zu kämpfen, aber auch mangelhafte Programmschulungen für die kommunalen Anwender führten zu Problemen. Über hohe Kosten klagten dagegen nur sehr wenige – „vielleicht auch deshalb, weil man die Kostenrelevanz der vorgenannten Problemfelder nur bedingt ‚durchrechnet‘“, so der Leiter des Marktforschungsinstituts Dieter Franke.

Die von den Umstellern dargelegten Schwierigkeiten werden von denen, die die Veränderung noch vor sich haben, mit weitgehend vergleichbarer Häufigkeit antizipiert – bis auf einen bemerkenswerten Punkt: Beklagen jene mit Umstellungserfahrung zu 45 Prozent Probleme mit der neuen Software, so erwarten das von jenen ohne diese Erfahrung nur 14 Prozent. „Viele unterschätzen also offenbar, was in dieser Hinsicht auf sie zukommen kann.“

Beratung durch Externe

Angesichts der Schwierigkeiten, die man bei der Umstellung des Finanzwesens hatte bzw. mit denen man als „Umstellungskandidat“ rechnet, ist es nur konsequent, dass 84 % während des Umstellungsprozesses Beratung durch Externe in Anspruch nahmen und 75 % der noch nicht Umgestellten eine solche ins Auge fassen. Es sind vor allem Wirtschaftsprüfer und dann Steuerberater, die zum Zuge kommen – in mehr als jeder zweiten Kommune war das der Fall. Von den Umstellern ließ sich gut die Hälfte zu Vermögensbewer-

tungs-/erfassungsfragen beraten und ein starkes Drittel zur Eröffnungsbilanz.

Trotz aller konstatierten oder erwarteten Umstellungsprobleme bringt die Verabschiedung von der kameralistischen Buchführung aus Sicht von rund zwei Drittel der befragten Gemeinden mehr Vor- als Nachteile. Von jenen, die diese Entwicklung bereits hinter sich haben, wird das verstärkt so gesehen. Es gilt aber auch: Die Vorteil-Nachteil-Abwägung fällt je nach Gemeindegröße sehr unterschiedlich aus. Ist es in den kleineren Kommunen nur gut die Hälfte, die eine positive Bilanz zieht, so sind es in den größeren bereits drei Viertel.

Pluspunkte

Befragt nach den Pluspunkten des neuen Finanzwesens wird zunächst darauf verwiesen, dass dieses den Ressourcenverbrauch besser abbildet als das zuvor gepflegte. Als weitere starke Vorteile gelten eine bessere Veranschaulichung von Nachhaltigkeit und Generationengerechtigkeit sowie die Unterstützung bei der Kosten- und Leistungsrechnung. Konstatiert wird zudem der Gewinn neuer Erkenntnisse über die finanzielle Situation der Kommune und über steuerrelevante Daten für die politische Führung. Beides trage zur Vermeidung von langfristig unwirtschaftlichen Entscheidungen bei.

Partnerschaft mit krz

„Dass es sinnvoll sein kann, einer Kommune die für ihre Verhältnisse passende Softwarelösung anzubieten, ohne dass diese sich notwendigerweise zu anderen Themen von dem jeweiligen Rechenzentrum lösen muss“, zeigt Kempf zufolge das Beispiel des Kommunalen Rechenzentrums Minden-Ravensberg/Lippe (krz) in Lemgo, mit dem DATEV eine strategische Partnerschaft eingegangen ist. Während DATEV die Bereiche Rechnungswesen, betriebswirtschaftliche Steuerung und Personalwirtschaft abdeckt, liefert das krz fachspezifische Anwendungen wie etwa das Meldewesen, Personenstandswesen oder Wahlsoftware. Wie die DATEV legt auch das krz größten Wert auf einen ausgeprägten Datenschutz und eine größtmögliche Datensicherheit.

Apropos Datenschutz: Laut Kempf muss durch präventive Kontrollen für die Gewährleistung von Datenschutz und Datensicherheit gesorgt werden. Beides sei bei DATEV in guten Händen. Jedoch betrachtet es der Vorstandsvorsitzende „mit etwas Sorge, wenn ein Unternehmen wie DATEV im Jahr einen nied-

rigen einstelligen Millionenbetrag für Datensicherheit ausgibt und wir gleichzeitig zusehen müssen, wie der Staat einen etwa ebenso hohen Betrag investiert, um an illegal erworbene Daten zu kommen“. Diese Form des Wettbewerbsverhältnisses mude durchaus etwas befremdlich an. Nach Kempfs Auffassung sollte dieser Weg „einmal ganz ernsthaft diskutiert werden“. Er werde nicht müde, dies den verantwortlichen Politikern auch zu sagen.

Vier-Säulen-Modell

Mit Blick auf steuer- und fiskalpolitische Fragestellungen vertrat der DATEV-Vorstand die Meinung, „dass das heutige Gewerbesteuersystem weder für die Kommunen noch für die Unternehmen tauglich ist“. Deutlich besser gefiele ihm das von der Kommission „Steuergesetzbuch“ der Stiftung Marktwirtschaft bereits 2006 formulierte Vier-Säulen-Modell. Dabei handelt es sich um eine Mischung aus Grundsteuer, einem Anteil an der Einkommensteuer der ortsansässigen Einwohner mit eigenem Hebesatzrecht sowie einer Beteiligung am Körperschaftsteueraufkommen der Unternehmen und an der Lohnsteuer ihrer Beschäftigten. Die Gewerbesteuer würde nach diesem Modell entfallen.

Da der Bürger einer Kommu-

ne „mindestens ebenso genau wie das in einer Kommune ansässige Unternehmen Auslöser von Infrastrukturlasten (Kindergarten, Schule etc.) ist“, sei es nur gerecht, ihn unmittelbar daran zu beteiligen, erklärte Kempf. Die Befürchtung der Kommunen, das Hebesatzrecht könnte eine Wanderungsbewegung der Wohnbevölkerung auslösen, ist in seinen Augen unlogisch. Die Beteiligung an der Mehrwertsteuer mit Standortkomponenten zu kombinieren, hält er dagegen für eine „inhaltlich richtige und verfolgenswerte Überlegung“. Jedoch würde er sie nicht unmittelbar verknüpfen wollen mit einer Änderung des Gewerbesteuersystems.

Skeptische Politiker

Der Grund, warum sich Politiker jedweder Couleur gegen eine Reform des Gewerbesteuerrechts sträuben, liegt Kempf zufolge auf der Hand: „Weil sie auf kommunaler Ebene jeden parteipolitischen Einfluss verlieren würden!“ Mit einem Hebesatzsystem auf die Steuerbelastung der Einwohner und Unternehmen würde der Bürger „deutlich ausgabenkritischer als er dies heute ist“. Die Folge: „Der Kommunalpolitiker hätte dann einen deutlich höheren Rechtfertigungsbedarf für seine Entscheidungen.“

DK

Moderner Staat in Berlin

DATEV unterstützt Städte und Gemeinden rund um das Rechnungswesen

Das Finanzmanagement in Kommunen und kommunalen Unternehmen ist das Schwerpunktthema des Auftritts der Nürnberger DATEV eG auf der Messe Moderner Staat in Berlin am 27. und 28. Oktober 2010. Auf dem Stand 610 in Halle 2 des Messegeländes Berlin präsentiert der IT-Dienstleister sein komplettes Produkt- und Leistungsspektrum für den Public Sector. Kern des Angebots ist das durchgängige, zertifizierte Softwarepaket rund um das kommunale Rechnungswesen. Unterstrichen wird die Kompetenz im Doppik-Umfeld auch durch einen Fachvortrag aus der Praxis, der den Besuchern am Messe-Mittwoch angeboten wird.

Der Referent ist Stefan Mannz, Leiter der Finanzbuchhaltung im nordrhein-westfälischen Mechenich, der im Rahmen des Best Practice Forums II in Halle 2 das Thema Konsolidierung im „Konzern Kommune“ beleuchtet. Neben der Erstellung der Eröffnungsbilanz für den Start in die Doppik und der Durchführung des ersten kaufmännischen Jahresabschlusses ist der kommunale Gesamtabschluss die dritte große Herausforderung für die Städte und Gemeinden, wenn kommunale Beteiligungen in der Bilanz berücksichtigt werden müssen. Wie bei der dazu notwendigen Konsolidierung der Kommune und der angegliederten Betriebe vorzugehen ist, berichtet Mannz anhand seiner eigenen Erfahrungen in Mechenich. Weitere Informationen rund

um die Doppik und den Einsatz betriebswirtschaftlicher Software in Kommunen und kommunalen Unternehmen erhalten interessierte Besucher am DATEV-Messestand. Dort können sie sich beispielsweise das durchgängige, zertifizierte Softwarepaket rund um das kommunale Finanzwesen erläutern lassen. Ergänzt wird dieses durch ein spezielles Lohn- und Gehaltsprogramm, das auch die Besoldung kommunaler Beamter abdeckt.

Außerdem bietet DATEV den Kommunen umfangreiche Rechenzentrums- sowie Druck- und Versanddienstleistungen an. Abgerundet wird das Portfolio durch ein umfassendes Beratungsangebot zur Einführung effizienter Prozesse und Organisationsstrukturen in öffentlichen Verwaltungen.

□

In der öffentlichen Verwaltung braucht man echte **SPEZIALISTEN** für kommunale Software und Dienstleistungen finden Sie bei DATEV.

DATEV unterstützt Sie mit einem umfassenden kommunalen Softwareangebot zu günstigen Konditionen. Für zuverlässige Abläufe in der Verwaltung und höchste Datenschutzstandards. Denn Sicherheit ist unsere Stärke. Auch was die Sicherung Ihrer wertvollen Investitionen betrifft. Schließlich können Sie sich beim genossenschaftlichen IT-Dienstleister auf eins in jedem Fall verlassen – eine beständige Partnerschaft. Informieren Sie sich unter der Telefonnummer 0800 0114348. www.datev.de/kommunal

DATEV
Zukunft gestalten. Gemeinsam.

SaaS auch für Bayerns Kommunen ein wichtiges Thema

SaaS (Software as a Service)-Tagungen 2010 erfolgreich und informativ

Am 13. Juli in Oberschleißheim bei München und am 22. Juli 2010 in Nürnberg veranstaltete die rechnetnet consulting GmbH in den Räumen der DATEV eG die Tagungen SaaS 2010. Getragen von Fachvorträgen der Spezialisten namhafter Unternehmen waren beide Tagungen durch einen hohen Informationsgehalt und angeregte Unterhaltungen geprägt. Durchweg positiv äußerten sich die Teilnehmer aus den Kommunen, die sich vor allem für die verschiedenen Aspekte interessierten, die durch die Fachvorträge beleuchtet wurden.

Das Thema „Software as a Service“ als neuer Dienstleistungs- und Servicegedanke beleuchtete Ludwig Atzberger, rechnetnet, in seiner Einführung zum Thema. Diesen Gedanken griffen auch viele weitere Referenten auf, zum einen aus technologischer Sicht, bis hin zur Sicht eines klassischen Softwareherstellers im kommunalen

Markt. Gerade die hohe Bandbreite der Themen lobten die kommunalen Teilnehmer, da durch alle relevanten Informationen angesprochen wurden. Gerade für strategische Entscheidungen für die Zukunft der IT in den Kommunen erachten das IT-Verantwortliche für sehr wichtig. Vielleicht auch deshalb haben sich alle Teilnehmer eine Wie-

derholung im nächsten Jahr und eine weitere Vertiefung des Themas gewünscht.

Ronny Kureck, Geschäftsführer der rechnetnet consulting stellte den technischen und organisatorischen Rahmen eines vernünftigen und zukunftsweisenden Betreibermodells für IT-Anwendungen vor. Mit seinen Ausführungen legte er den Grundstein für die nachfolgenden Vorträge, war doch allen Anwesenden klar, worauf es bei Betrieb, Verfügbarkeit und Datensicherheit und Datenschutz ankommt. Die rechnetnet consulting betreibt im Auftrag von Kommunen, mittelständischen Unternehmen aber auch im Auftrag von Softwarehäusern IT-Verfahren im Hochsicherheits-Datacenter und stellt diese unkompliziert und preiswert zur Verfügung.

Cloud Computing

Microsoft stellte dafür die richtigen Technologien vor, die es ermöglichen, Mitarbeitern bequemen Datenzugriff und die Tools an die Hand zu geben, die sie zum einfachen, schnellen Austausch von Informationen mit Kollegen, Partnern und Kunden benötigen. Cloud Computing kann dies unterstützen. Mit der Bereitstellung von Software über Internet verleihen Unternehmen und Kommunen ihrer IT mehr Flexibilität und arbeiten dabei kosteneffizient. Ein SaaS-, PaaS- oder IaaS-Modell bietet höhere Skalierbarkeit zur einfachen Bewältigung von Nachfragespitzen sowie eine verbesserte Vorhersagbarkeit in puncto Servicelevel und Management. Der

unabhängige Softwareanbieter kann branchenspezifische Software in der Cloud Computing-Umgebung statt auf einer internen IT-Infrastruktur implementieren. So können Mitarbeiter dieselben Systeme nutzen, mit denen Sie bereits vertraut sind. Das Ergebnis: Die Mitarbeiter arbeiten schneller und effizienter.

Produkt OctoGate

Aber auch das Thema Sicherheit als Service wurde beleuchtet. Die HSM IT-Services, Paderborn, vertreten durch Robin Hummer, sprach zum Thema Security as a Service und stellte das eigene Produkt OctoGate - Firewall, Virenschutz, Spamfilter und Inhaltsfilter für den Jugendschutz - vor. Durch einen zentralen Ansatz können die Dienste der OctoGate, wie das Filtern von Schädlingen, Spam und Internethalten, an zentraler Stelle angeboten werden. Die Anbindung erfolgt dabei besonders kostengünstig über eine OctoGate mini, die eine sichere VPN-Verbindung zu einer zentralen OctoGate herstellt. Über diese Infrastruktur können problemlos auch weitere Dienste zur Verfügung gestellt werden.

Die DATEV eG, Nürnberg, zeigte an ihrem Beispiel der Verfahren für Personalmanagement

Messe it-sa in Nürnberg:

Dienstleistungen rund um die IT-Sicherheit

Am 19. Oktober öffnet die it-sa, die im deutschsprachigen Raum erfolgreichste Fachmesse für IT-Sicherheit, auf dem Nürnberger Messegelände für drei Tage ihre Pforten. Letztes Jahr fand die Messe, die sich aus der ehemaligen Systems herausgelöst hat, erstmals in Nürnberg statt und hat sich vom Start weg als Treffpunkt der Branche etabliert.

Für Besucher ist die it-sa eine attraktive Kombination aus erfahrbarer Fachkompetenz, praktischer Demonstration und der Konzentration von IT-Security-Lösungen. Unter den Ausstellern sind viele führende Unternehmen aus der IT-Security-Branche vertreten, so zum Beispiel die Nürnberger DATEV eG.

Das Angebotsspektrum der IT-Security-Messe Nürnberg umfasst Lösungen zur Vermeidung von Hackerangriffen, Hardwareausfällen, Insiderkriminalität, Diebstahl und Verlust von Notebooks und Speichermedien sowie nicht zuletzt Einbruchdiebstahl ganzer Rechnersysteme. Aber auch zu Awareness, Brandschutz, Daten- und Hardware-Sicherung, Internet- und Netzwerk-Sicherheit, Prüfung und Zertifizierung, sowie Speicherlösungen, Zugriffs- und Zugangskontrollen sind Angebote zu finden.

Thema Rechenzentrum

Die it-sa wird 2010 in die größere Halle 12 umziehen. In unmittelbarer Nachbarschaft der Ausstellungshalle finden im CCN West wieder messebegleitende Veranstaltungen wie Tagungen, Workshops, Tutorien und Mitgliederversammlungen statt und ermöglichen so eine einmalige Konzentration auf das Thema IT-Sicherheit. Besonders Augenmerk legen die Veranstalter der Messe 2010 auf das Thema Rechenzentrum. Dafür wird die Sonderfläche „Das perfekte Rechenzentrum – Planung, Bau und Technik“ eingerichtet.

Digitale Geschäftsprozesse, eine interne und externe elektronische Vernetzung und das Internet haben geschäftliche Abläufe beschleunigt und synchronisiert. Damit entstanden aber auch neue Dimensionen des potenziellen Missbrauchs. Mit einer Reihe von Sicherheitsdienstleistungen hilft die Nürnberger DATEV eG dabei, den Gefahren aus dem Netz zu begegnen. Seine Angebote rund

um Personalabrechnung Anwendungen im Sinne SaaS mit einer langen und erfolgreichen Tradition. Es besteht die Option die Verfahren gekoppelt mit dem Service eines Steuerberaters im Sinne eines Lohnbüros als „Rund-um-Service“ im Rahmen SaaS zu nutzen. Das DATEV Rechenzentrum bietet die Abrechnung und Pflege umfassender Tarife des Öffentlichen Dienstes. Die Dienstleistung umfasst Tarifpflege, Erstellung, Verwaltung und Archivierung von Auswertungen, elektronische Datenübermittlungen und Meldungen an Institutionen. Vertraulich und sicher regelt die DATEV Technologie mittels SmartCards die online-Kommunikation mit dem DATEV Rechenzentrum und den exklusiven Bereichen von www.datev.de.

SOFTCON AG

Dr. Michael Prechtel zeigte für die SOFTCON AG am Beispiel eines mobilen Verfahrens zur Bearbeitung von Ordnungswidrigkeiten, wie das Unternehmen mit SaaS umgeht. Der IT-Dienstleister SOFTCON AG mit Hauptsitz in München ist seit über 25 Jahren am Markt etabliert. Als technologisch führendes Softwarehaus bietet SOFTCON als mittelständisches Un-

ternehmen mit über 230 Mitarbeitern Branchenlösungen, individuelle Anwendungen und Dienstleistungen in Verbindung mit SAP, Application Management, SOA, Composite Applications, e-Government und RFID. Eigene Produkte wie das Ordnungswidrigkeitenverfahren SC-ÖWI und die mobile Datenerfassung SC-Mobil runden das Angebotsspektrum ab.

bec kommunal Software

Die bec kommunal Software GmbH mit Unternehmenssitz in Feldkirchen bei München ist einer der führenden Anbieter kommunaler Softwarelösungen und Dienstleistungen mit grundstücksbezogenem Schwerpunkt. Dr. Gerd Boge erläuterte, dass seit Mitte der 90er Jahre praxisgerechte und anwenderfreundliche Softwareprodukte speziell für öffentliche Einrichtungen entwickelt werden und eine übersichtliche Darstellung und Auswertung von komplexen Vorgängen in den Bau- und Liegenschaftsämtern ermöglichen. Mehr als 1500 Anwender vertrauen den zuverlässigen Anwendungsmodulen von bec kommunal, die durch sinnvolle Funktionalität und nachweisbare Effizienz bestechen und sich dadurch immer mehr in den Verwaltungen etablieren. Das Landesamt für Umwelt - Bereich Wasserwirtschaft - nutzt bec-Software bereits durch eine „SaaS-Lösung“. Dem Kunden „Software as a Service“ anbieten zu können, rundet das Angebotsspektrum der bec kommunal zeitgemäß ab.

geoinform AG

Durch praktische Demonstration des heute Möglichen konnte Andreas Müller, geoinform AG, die Zuhörer in seinen Bann ziehen. Die geoinform AG aus Würzburg ist mit ihren Produkten Magellan und Koinfo einer der führenden Hersteller geografischer Informationssysteme (GIS) in Deutschland. Andreas Müller meint: „Mit unserem Partner rechnetnet.de sehen wir die Zukunft unserer Lösungen nicht dauerhaft im Lizenzmodell, welches an einen Kunden zu verkaufen ist. Vielmehr stellen wir uns der Aufgabe, die Nutzung als Dienstleistung (Service) zur Verfügung zu stellen. Obwohl derzeit die Diskussion der Vor- und Nachteile die Zielgruppe polarisiert, werden in der Zukunft zweifelsfrei die Vorteile von „Software as a Service“ (SaaS) überwiegen.“

Kontakt: Ludwig Atzberger, Tel.: 089/97007-271, eMail: ludwig.atzberger@rechnetnet.de

net-Anwendern zugestellt wurden, über den Zeitraum von zwölf Stunden in einem zentralen Speicherpuffer permanent mit den stetig aktualisierten Schutzmechanismen überprüft.

Schadcode

Die Verbreitung von Schadcode durch präparierte Web-Inhalte hilft das Web-Radar einzudämmen. Ein Informationssystem aktualisiert dafür permanent die Liste der bekannten mit Viren oder Trojanern verseuchten Seiten. Der Zugriff darauf wird bei DATEV zentral geblockt.

Gegen das Auspähen auf dem elektronischen Kommunikationsweg lassen sich Informationen durch eine automatische E-Mail-Verschlüsselung schützen. Sie stellt für DATEVnet-Anwender sicher, dass jede ausgehende Mail zentral und ohne Aufwand durch den Nutzer verschlüsselt wird. Ebenso werden ankommende verschlüsselte Nachrichten zentral entschlüsselt, ohne die Abläufe in Unternehmen oder Kanzlei zu behindern. **DK**



Mit einem symbolischen Knopfdruck nahmen das neue Breitbandnetz in Betrieb: Johannes Pruchnow, Geschäftsführer Business Telefónica O2, LEW TelNet-Geschäftsführerin Erna-Maria Trixl, Claudia Klein, Vertreterin der Regierung von Schwaben, Bayerns Finanzstaatssekretär Franz Josef Pschierer, Martin Sailer, Landrat des Landkreises Augsburg, Diedorfs Bürgermeister Otto Völk und LEW-Vorstandsmitglied Dr. Markus Litpher (v. l.). Bild: LEW/Lode

Diedorfer auf der Datenautobahn-Überholspur

Neues Breitbandnetz in Betrieb gegangen – Bis zu 50 Mbit/s Bandbreite

Mit einem symbolischen Knopfdruck haben Vertreter von Politik und Wirtschaft, darunter Bayerns Finanz- Staatssekretär Franz Josef Pschierer und der Landrat des Landkreises Augsburg, Martin Sailer, das neue Breitbandnetz im Markt Diedorf bei Augsburg in Betrieb genommen. Damit stehen dem Großteil der Diedorfer Haushalte und Gewerbetreibenden nun Internetanschlüsse mit einer Bandbreite von bis zu 50 Mbit/s zur Verfügung.

Bisher konnten die meisten Diedorfer nur mit schmalen Bandbreiten von unter 1 Mbit/s online gehen. „Bei der Breitbandanbindung kann sich Diedorf ab heute mit den ganz großen Städten messen. Das ist ein Meilenstein in unserer wirtschaftlichen Entwicklung“, betonte Diedorfs Bürgermeister Otto Völk. „Aus eigener Erfahrung weiß ich, dass eine leistungsstarke Breitbandanbindung für Unternehmen, Selbstständige aber auch für viele Hausbauer heute wesentliches Kriterium bei der Standortwahl ist.“

Basis des Netzes sind 10 Kilometer neue Glasfaserleitungen, die das Telekommunikationsunternehmen LEW TelNet verlegt hat. Sie verbinden an verschiedenen Punkten in Diedorf die vorhandenen Telefonleitungen mit dem Breitbandnetz der LEW TelNet und dem Internet-Backbone von Telefónica O2. Die Angebote für die Kunden werden von Telefónica O2 bereitgestellt. An den für das neue Netz notwendigen Investitionen haben sich neben den beiden Unternehmen auch der Markt Diedorf sowie der Freistaat Bayern beteiligt.

„Diedorf war die erste Gemeinde im Landkreis Augsburg, die im vergangenen Jahr Finanzmittel des Freistaats Bayern zur Förderung des Breitbandausbaus im ländlichen Raum erhalten hat“, berichte-

te Landrat Martin Sailer bei der Inbetriebnahme. „Damit hat Diedorf ein Thema Breitband eine Vorreiterrolle übernommen.“

„Bis heute wurden rund 500 Förderanträge für entsprechende Breitbandprojekte bayerischer Kommunen mit einem Volumen von rund 33 Millionen Euro bewilligt“, sagte Franz Josef Pschierer, Staatssekretär im Bayerischen Finanzministerium. „Das Förderprogramm leistet also einen deutlichen Beitrag zur weiteren Stärkung der ländlichen Regionen im Freistaat.“

17 Breitbandprojekte

Die Bauarbeiten für das Breitbandnetz waren im November vergangenen Jahres gestartet und wurden im Frühsommer 2010 abgeschlossen. „Wir setzen in der Region Bayerisch-Schwaben bereits 17 Breitbandprojekte um, mit denen wir künftig rund 18.000 Haushalte mit höchsten Bandbreiten ins Internet bringen“, sagte Dr. Markus Litpher, Vorstandsmitglied der Lechwerke AG, zu der LEW TelNet gehört. „Das zeigt, dass Netzbetreiber wie LEW TelNet das drängende Problem der Breitbandversorgung im ländlichen Raum lösen können.“

Telefónica O2 bietet den Diedorfern ein leistungsstarkes Komplett-Angebot, das eine Internet-

Flatrate mit 50 Mbit/s Download- und bis zu 10 Mbit/s Upload-Geschwindigkeit sowie eine Telefon-Flatrate umfasst. „Damit sind die Zeiten des Surfens im Schneckentempo endgültig vorbei“, sagte Johannes Pruchnow, Geschäftsführer Business Telefónica O2. „Die Diedorfer sind auf der Datenautobahn nun mit Höchstgeschwindigkeit unterwegs und können problemlos alle Dienste und Inhalte im Internet nutzen.“ Am Herbstmarkt in Diedorf wird Telefónica O2 das Produkt den Bürgerinnen und Bürgern vorstellen.

LEW TelNet ist mit einem eigenen Nachrichtennetz in Bayerisch-Schwaben und angrenzenden Gebieten sowie einem breiten Dienstleistungsportfolio einer der führenden Anbieter für Datenkommunikation in der Region Bayerisch-Schwaben. Telefónica O2 Germany GmbH & Co. OHG gehört zu Telefónica Europe und ist Teil des spanischen Telekommunikationskonzerns Telefónica S.A. Das Unternehmen bietet seinen Privat- wie Geschäftskunden in Deutschland Post- und Prepaid-Mobilfunkprodukte sowie innovative mobile Datendienste auf Basis der GPRS- und UMTS-Technologie an. Darüber hinaus stellt das Unternehmen als integrierter Kommunikationsanbieter auch DSL-Festnetztelefonie und Highspeed-Internet zur Verfügung. Telefónica Europe hat rund 55 Millionen Mobil- und Festnetzkunden in Großbritannien, Irland, der Tschechischen Republik, der Slowakei und Deutsch-

AKDB-Jahresbericht 2009:

Innovation und Sachverstand

Trotz der weltweiten Finanzmarktkrise, die im vergangenen Jahr gerade auch den kommunalen Bereich sehr stark beeinflusste, war 2009 für die Anstalt für Kommunale Datenverarbeitung in Bayern äußerst erfolgreich. Wie der AKDB-Jahresbericht ausweist, gelang es dem größten IT-Dienstleister Deutschlands im kommunalen Markt seinen Umsatz auf über 74 Millionen Euro zu steigern.

Eines der prägenden Projekte im Einwohnermeldewesen war nach den Worten von Vorstandsvorsitzendem Alexander Schroth und Vorstandsmitglied Rudolf Schleyer bereits 2009 der neue Personalausweis, der zum 1. November 2010 eingeführt wird. Dieser erhöht die Fälschungssicherheit und bietet mit einem optionalen elektronischen Identitätsnachweis und der Möglichkeit, eine qualifizierte elektronische Signatur nachzuladen, für die Bürger die Chance, weitere Behördengänge auf sicherem Weg online durchzuführen. Die AKDB ist als eines von nur we-

nigen Unternehmen an diesem Projekt federführend beteiligt.

Beitrag zur Einsparung

Mit einer innovativen IT lieferte die AKDB auch im vergangenen Jahr wieder einen Beitrag zu kommunalen Einsparbemühungen. Einen wichtigen Ansatzpunkt bietet in diesem Zusammenhang auch ein modernes Finanzwesen wie OK.FIS. Dieses ermöglicht eine noch effizientere Sachbearbeitung für den Bereich Haushalts-, Kassen- und Rechnungswesen. Damit sind optimale Voraussetzungen für einen Ein-

stieg in das Neue Kommunale Finanzwesen (Doppik) geschaffen.

Schnellere Bedienung

Die Fachverfahren ermöglichen eine schnellere Bedienung – zum Beispiel mit dem äußerst erfolgreichen vorausgefüllten Meldeschein VAMS® oder mit elektronischen Akten. Ein ähnlicher Effekt ergibt sich durch die Integration von Meldedaten in die OK.Fachverfahren durch Anbindung des Bayerischen Behördeninformationssystems (BayBIS) und viele weitere Datenverbindungen zwischen den OK.Verfahren und zu anderen Verwaltungssystemen, die die Integrationsplattform OK.KOMM schafft. Konnten für 2008 schon elf Millionen Zugriffe auf das BayBIS gemeldet werden, waren es 2009 bereits rund 13 Millionen.

Innovationsstiftung bayerische Kommune:

Sicherung der Zukunftsfähigkeit im Fokus

Interview mit den geschäftsführenden Präsidial- bzw. Vorstandmitgliedern der Bayerischen Kommunalen Spitzenverbände

Ende Juni dieses Jahres wurde den bayerischen Kommunalen Spitzenverbänden und der AKDB vom Regierungspräsidenten von Oberbayern Christoph Hillenbrand die Anerkennungsurkunde für die Innovationsstiftung bayerische Kommune übergeben. Die vier geschäftsführenden Präsidial- bzw. Vorstandmitglieder der Bayerischen Kommunalen Spitzenverbände, Dr. Jürgen Busse, Bayerischer Gemeindegewalt, Vorsitzender des Kuratoriums im Jahr 2010, Reiner Knäusel, Bayerischer Städtetag, Johannes Reile, Bayerischer Landkreistag und Norbert Kraxenberger, Verband der bayerischen Bezirke, bilden das Stiftungskuratorium und stellten sich einigen Fragen.

Wie sind die Spitzenverbände auf die Idee zur Gründung der Stiftung gekommen?

Dr. Busse: Wir haben schon seit längerer Zeit darüber diskutiert, wie man Innovationen noch besser fördern könnte. In einem Gespräch der bayerischen Kommunalen Spitzenverbände mit dem Vorstand der AKDB entstand dann die Idee, für diesen Zweck einen Vermögensstock zu gründen, der von der AKDB mit Kapital ausgestattet werden sollte. Dies wurde in den Sitzungen von Verwaltungsrat und Hauptversammlung der AKDB im Jahr 2009 auch so beschlossen. Wir sind davon überzeugt, dass diese Investition allen Kommunen dauerhaft zugute kommen wird.

Warum hat man sich gerade für eine öffentlich-rechtliche Stiftung entschieden?

Knäusel: Nach der Prüfung verschiedener Möglichkeiten wurde schnell klar, dass die beabsichtigten Ziele mit einer Stiftung am besten erreicht werden können. Sie bietet die Gewähr dafür, dass die Förderung zukünftig langfristig und dauerhaft den Kommunen zugute kommen wird. Die Besetzung des Stiftungskuratoriums mit den Spitzenverbänden gewährleistet dabei die Unabhängigkeit der Stiftung. Mit dem verfolgten Zweck ist die Stiftung zudem als gemeinnützig anerkannt. Öffentlich-rechtlich und nicht privatrechtlich ist die Stiftung deshalb, weil die Stiftung durch ihre Organe und ihren Zweck eng dem öffentlichen Bereich zugehört.

Wie ist die Stiftung aufgebaut?

Reile: Wir haben sie so schlank wie möglich gehalten, nicht zuletzt auch um die Verwaltungsausgaben auf ein Minimum zu begrenzen. Es gibt nur zwei Organe, die mit ehrenamtlichen Mitgliedern besetzt sind. Das Stiftungskuratorium setzt sich aus den Geschäftsführern der Spitzenverbände zusammen. Seine Aufgabe sind die grundlegenden Entscheidungs-

gen der Stiftung, insbesondere über die Mittelverwendung sowie die Übernahme der Aufsichtsfunktion. Der Stiftungsvorstand, bestehend aus dem Vorstand der AKDB, führt die operativen Geschäfte der Stiftung.

Was sind Zweck und Ziele der Stiftung?

Kraxenberger: Die weitere Modernisierung der Kommunalverwaltung, um die Zukunftsfähigkeit der Kommunen zu sichern. Auch für die Bürgerinnen und Bürger soll hierdurch weiterer Nutzen entstehen. Letztlich geht es darum, die Kommunen als Institution dabei zu unterstützen, die raschen Veränderungen der Rahmenbedingungen auch in Zukunft zu bewältigen. Dies ist keineswegs nur die Entwicklung im IT-Bereich selbst, sondern es sind vor allem auch der demografische Wandel, die stetige Zunahme der kommunalen Aufgaben und die Einflüsse durch die Europapolitik, welche die Kommunen vor große Herausforderungen stellen. Ganz aktuell steht natürlich auch die angespannte Haushaltssituation der Kommunen im Fokus.

Wie soll die Förderung durchgeführt werden?

Dr. Busse: Der Regelfall wird sein, dass die Stiftung innovative IT-Projekte für Kommunen selbst durchführt oder finanziell unterstützt. Die Projekte werden dabei eine wissenschaftliche oder forschende Zielrichtung haben, das heißt, es sollen neue Erkenntnisse gewonnen werden. Es liegt nahe, dass die Stiftung hierfür auch die Zusammenarbeit mit Hochschulen und Forschungseinrichtungen nutzen wird. Die Ergebnisse sollen selbstverständlich nicht nur einer bestimmten Kommune zur Verfügung stehen, sondern sollen auf möglichst viele Kommunen übertragen werden können. Dabei geht es in erster Linie darum, konkret anwendbare Ergebnisse zu erhalten. Großen Wert legen wir daher auf den Praxisbezug und die Übertragbarkeit der Förderprojekte.

Wer entscheidet darüber, welches Forschungsprojekt gefördert wird?

Reile: Dies ist genau geregelt. Vorschläge können von den Spitzenverbänden oder der AKDB in die Stiftung eingebracht werden. Im Ergebnis entscheidet das mit den Geschäftsführern der Spitzenverbände besetzte Stiftungskuratorium darüber, welche Vorhaben unterstützt werden. Kommunen, die Vorschläge für Förderprojekte haben, wenden sich daher am Besten an ihren jeweiligen Spitzenverband. Von dort kann der Vorschlag dann entsprechend begründet an die Stiftung weitergeleitet werden.

Was wird das erste Forschungsprojekt sein?

Knäusel: Im kommunalen Bereich gibt es eine ganze Reihe von Vorhaben und Projekten, die es verdienen würden, gefördert zu werden. Gerade bei der heutigen Haushaltslage vieler Kommunen lassen sich viele gute und sinnvolle Ideen allein aus finanziellen Gründen nicht realisieren. Mehrere Ideen wurden im Stiftungskuratorium bereits diskutiert, die demnächst zu einem Förderprojekt ausgebaut werden sollen.

Ein solches könnten beispielsweise die Einsatzmöglichkeiten von multifunktionalen Chipkarten, elektronischen Signaturen und dem neuen Personalausweis in Kommunen sein. Angefangen von Möglichkeiten zum Praxiseinsatz über technische Themen bis hin zu wichtigen Sicherheitsaspekten sollen hier für alle Kommunen zukunfts-trächtige Perspektiven aufgezeigt werden.

Welche Mittel stehen der Stiftung für ihre Tätigkeit zur Verfügung?

Kraxenberger: Dies hängt im Wesentlichen von der langfristigen Kapitalmarktrendite sowie der Inflation ab. Ab dem Jahr 2011 erwarten wir jedenfalls ausreichende Erträge des Stiftungsvermögens, um ein oder bei Bedarf auch mehrere Projekte in die Wege zu leiten. Wichtiger als die Höhe ist ohnehin, dass die Mittel jährlich dauerhaft zur Verfügung stehen. Sie sind also nicht abhängig von politischen Einflüssen und der Entwicklung der kommunalen Kassen. Bei der Anlage des Stiftungskapitals achten wir selbstverständlich – wie gesetzlich vorgeschrieben – auf höchste Sicherheit. □

Erfolgreich verlief im Kfz-Bereich der Start der Online-Kommunikation zwischen OK.VORFAHRT und dem Kraftfahrtbundesamt in Flensburg: Nunmehr gibt es auch die Möglichkeit, Zulassungsvorgänge sofort in das Fahrzeugregister zu schreiben. Alle Zulassungsbehörden, die das Verfahren OK.VORFAHRT der AKDB einsetzen, befinden sich jetzt im Online-Dialog mit dem KBA. Im Vorfeld hatten die AKDB und die kommIT GmbH ihre fast 200 Kunden in Workshops auf die neue Herausforderung eingestellt und so alle Nutzer dabei unterstützt, in das Zeitalter der Online-Kommunikation mit dem KBA zu starten.

Neues Bürgerservice-Portal

Auf Hochtouren liefen bei der AKDB im vergangenen Jahr die Vorbereitungen auf das neue Bürgerservice-Portal: Eine Integrationsplattform für Online-Bürgerservices zur Bündelung von Diensten aus unterschiedlichen Verwaltungsbereichen. Parallel zum Start des neuen Personalausweises richtet sich das Portal an alle Kommunen, die ihren Aufwand reduzieren und ihre Bürgernähe unter Einbeziehung des neuen Personalausweises nachhaltig erhöhen wollen.

Bündelung der Dienste

Die Plattform wird die Einsatzmöglichkeiten des neuen Personalausweises berücksichtigen und Dienste aus den unterschiedlichen Fachverfahren wie z. B. dem Melde-, Personal- und Verkehrswesen bündeln. Neben fachlichen Diensten wird das Bürgerservice-Portal eine Reihe von standardisierten Basisdiensten für wichtige Grundfunktionalitäten wie z. B. Verwaltung von

Kontoeinstellungen, ePayment und Antragsverfolgung bereitstellen und damit die reibungslose Integration künftiger Bürgerservices erlauben.

Realisierbare Szenarien

Je nach Situation sollen künftig unterschiedliche Einsatzszenarien realisierbar sein – von der Integration einzelner Fachverfahren in die bestehende Homepage der Kommune bis hin zur Umsetzung des gesamten Internetauftritts über das Bürgerservice-Portal. Die laufende Erweiterung von Fach- und Basisdiensten ermöglicht einen schrittweisen und individuellen Ausbau von Online-Bürgerservices in den Kommunen.

Eine erneut zentrale Rolle spielten auch 2009 wieder die Themen Datenschutz und Datensicherheit. In diesen Bereichen stellt die AKDB sehr hohe Ansprüche an ihre Leistungsfähigkeit. Entsprechende Maßnahmen werden deshalb großgeschrieben.

Hohes Maß an Sicherheit

Zahlreiche hausinterne Sicherheitsbestimmungen organisatorischer, personeller, infrastruktureller und technischer Art gewährleisten ein hohes Maß an Sicherheit und Ordnungsmäßigkeit im gesamten Bereich des IT-Umfeldes. Auch beim Datentransfer mit Kunden oder Dritten wird neueste Technik eingesetzt und gelten strengste Sicherheitsmaßnahmen, um hier etwaige Manipulationen durch Außenstehende zu verhindern. Abgerundet werden die Sicherheitsmaßnahmen durch umfangreiche und ausgeklügelte Notfallkonzepte für das AKDB-Rechenzentrum, um sämtliche Daten zu schützen und zu sichern. DK

Bemerkenswert war auch der Auftritt der AKDB auf Fachmessen. Zu den Höhepunkten für die öffentliche Verwaltung des vergangenen Jahres zählte die Kommune in Nürnberg. Die Veranstaltung bot einen kompletten Marktüberblick zum kommunalen Finanz-, Einwohnermelde-, Personal-, Sozial- und Verkehrswesen sowie zu vielen weiteren wichtigen Themen aus dem kommunalen IT-Bereich. Bayerns Innenminister Joachim Herrmann informierte sich im Rahmen des Messerundgangs auf dem Stand der AKDB persönlich über die aktuellen Entwicklungen zum Projekt neuer Personalausweis.

AKDB-Chronik

Ein weiterer Höhepunkt war die Vorstellung des Buches „Die AKDB-Chronik – Von der Lochkarte zum eGovernment“, das den spannenden Wandel der kommunalen IT-Landschaft von 1971 bis heute dokumentiert. Anwesend waren dabei unter anderem Alfred Trageser, Autor der Chronik und ehemaliger Vorstandsvorsitzender der AKDB, sowie der Präsident des Bayerischen Gemeindetages, Dr. Uwe Brandl.

Brandl dankte Trageser in einer kurzen Ansprache persönlich für dieses interessante zeitgeschichtliche Werk und lobte die AKDB als kompetenten Partner von Städten, Gemeinden und Landkreisen. „Die AKDB weiß eben, wie Kommunen ticken!“

Ebenfalls großen Anklang erfuhren die AKDB-Hausmessen. Dort knüpften die Kunden aus der Region schnell und unkompliziert persönliche Kontakte zu Experten und fanden ihre maßgeschneiderte Software-Lösung. DK



Innovativ. Kraftvoll. Partnerschaftlich.



Franz-Xaver Salat
Leiter Entwicklung
Einwohnerwesen/
Technik

Ausgewiesen sicher – Der neue Personalausweis mit OK.EWO



**Neuer
Personalausweis**

Am 1. November 2010 wird der neue Personalausweis im Scheckkartenformat den bisherigen Personalausweis ablösen. Um einen reibungslosen Einsatz in den Personalausweisbehörden zu gewährleisten, haben wir unser Verfahren OK.EWO um ein Modul erweitert, das optimal auf die neuen Anforderungen abgestimmt ist. Nach umfangreichen Praxistests ist die neue OK.EWO-Version bereits jetzt einsetzbar.

Ihr Vorteil: Bereits mit dieser Version können Sie sich mit den neuen Abläufen vertraut machen. Darauf bereiten wir Sie in unseren Schulungen vor und unterstützen Sie danach kontinuierlich.

Sie haben Fragen zu den Vorteilen, die Ihnen OK.EWO bei der Umstellung auf den neuen Personalausweis bietet?

Sprechen Sie mit uns: Telefon +49 89 5903-0



www.akdb.de

Software, die dem Menschen dient!

Breitband-Internet für Günzach und Buchloe

Übergabe der Förderbescheide

Die Breitbandinitiative des Landkreises Ostallgäu zeigt Erfolge: Bürger und Unternehmen in Buchloe-Honsolgen und Günzach erhalten Höchstleistungsanschlüsse mit bis zu 50 Mbit/s ans Internet – ein Quantensprung im Vergleich zur bisherigen Versorgung. Im Rahmen eines Pressegesprächs übergab Regierungspräsident Karl Michael Scheufele im Beisein von Landrat Johann Fleschhut sowie den Bürgermeistern der beiden Kommunen, Josef Schweinberger und Brigitte Schröder die Förderbescheide. Anwesend waren auch die Geschäftsführer der Telekommunikationsunternehmen LEW TelNet und M-net, die die Hochleistungs-Breitbandnetze in den beiden Orten gemeinsam zügig umsetzen werden. Baubeginn in Günzach wird noch im Herbst diesen Jahres sein, in Buchloe-Honsolgen im Frühjahr 2011.

Bei der flächendeckenden Versorgung der Ostallgäuer Kommunen mit Breitband-Internet setzt der Landkreis Ostallgäu auf eine landkreisweite Kooperation: Im Auftrag des Landkreises hat ein Planungsbüro den Bedarf der einzelnen Kommunen an Breitbandversorgung ermittelt und diese Daten dann zusammen mit den Ausschreibungsunterlagen zur Einstellung auf dem Breitbandportal und der jeweiligen Gemeindehomepage weitergegeben.

Zuschlag für LEW TelNet

Die Ausschreibungsergebnisse wurden vom Planungsbüro bewertet und den Gemeinden als Entscheidungshilfe übermittelt. LEW TelNet, eine Tochterfirma der Lechwerke AG, hat gemeinsam mit dem regionalen Telefon- und Internetanbieter M-Net nun den Zuschlag für eine leistungsfähigere Anbindung des Buchloer Ortsteils Honsolgen und der Gemeinde Günzach erhalten.

Komplexe Materie

„Die Erschließung von Kommunen im ländlichen Raum mit Breitband-Internet ist ein entscheidender Standort für Wirtschaft und Bevölkerung, bekräftigte Landrat Johann Fleschhut heute bei einem Pressetermin zur Übergabe der Förderbescheide für die Projekte in Buchloe und Günzach. „Trotzdem lief die Umsetzung der Breitbandprojekte in den einzelnen Kommunen lange schleppend – auch weil die Materie komplex, die technische Entwicklung sehr rasant und eine Vielzahl von Anbietern mit unterschiedlichen Lösungsmöglichkeiten auf dem Markt ist. Deshalb haben wir uns für eine landkreis-

weite Initiative entschieden, um dieses Zukunftsthema vernetzt voranzutreiben. Hier in Buchloe und Günzach wird es einen Quantensprung in der Versorgungsqualität geben, da statt 1 Mbit/s nach den Vorgaben der Richtlinien den Bürgern in Zukunft 50 Mbit/s zur Verfügung stehen werden. Wir sind damit der Politik meilenweit voraus!“

Großzügige Förderung

Der Freistaat Bayern fördert die Umsetzung von Breitbandprojekten mit einem Zuschuss in Höhe von 70 %, jedoch bis maximal 100.000 Euro. Auch Buchloe und Günzach erhalten diese finanzielle Unterstützung. Regierungspräsident Karl Michael Scheufele hatte es sich angesichts der Tragweite für die betroffenen Gemeinden nicht nehmen lassen, für die Übergabe der Förderbescheide aus Augsburg anzureisen.

Hochmoderne Zugänge

Nach Abschluss der Arbeiten werden in Buchloe-Honsolgen und Günzach hochmoderne Internetzugänge mit einer Geschwindigkeit von bis zu 50 Mbit/s – einem Vielfachen dessen, was ein Standard-DSL-Anschluss heute zu leisten vermag – sowie Telefoniedienste verfügbar sein. Interessierte Bürger können sich schon jetzt unter der kostenlosen Telefonnummer 0800-9060902 für die Breitbandprodukte vormerken lassen. „Bisher kamen Unternehmen und Haushalte in Buchloe-Honsolgen nur „im Schnecken tempo“ ins Internet – das wird sich nun endlich ändern“, freute sich Buchloes Bürgermeister Josef Schweinberger. „Mit dem neuen Glasfasernetz verfü-

gen wir über eine langfristig zukunftssichere Infrastruktur“, ergänzte Günzachs Bürgermeisterin Brigitte Schröder. „Mit dem Glasfasernetz verfügt LEW TelNet über eine unabhängige, leistungsfähige Infrastruktur. Wir nutzen dieses Netz, um auch ganzen Gemeinden den breitbandigen Zugang ins Internet zu ermöglichen“, sagte Dr. Markus Lütphar, Vorstandsmitglied der Lechwerke AG. „Diese Projekte zeigen, wie das drängende Problem der Breitbandversorgung im ländlichen Raum lösbar ist.“

Neue Dimension der digitalen Welt

„Mit den künftig verfügbaren kombinierten Telefon- und Internetanschlüssen katapultieren wir die Bürgerinnen und Bürger von Buchloe-Honsolgen und Günzach in eine neue Dimension der digitalen Welt. Ob Musik-Download, Video-on-Demand oder auch die Durchführung von onli-

nebasierten Bildungsmaßnahmen – beinahe grenzenlos sind die künftig einfach und bequem zu realisierenden Einsatzmöglichkeiten“, erklärt Anton Gleich, Geschäftsführer von M-net. „Auch Freiberufler und Unternehmen können mittels des neuen Breitband-Internetzugangs entscheidende Wettbewerbsvorteile generieren.“

Landrat Johann Fleschhut dankte der Regierung von Schwaben für eine flexible Bearbeitung der Förderanträge und freute sich, mit LEW TelNet einen regionalen Auftraggeber, „den man kennt und der mehrfach in der Region tätig ist“, zu haben.

Quantensprung

Regierungspräsident Karl Michael Scheufele überreichte im Landratsamt Ostallgäu Förderbescheide für eine Breitbanderschließung der Gemeinde Günzach und des Buchloer Ortsteils Honsolgen an die jeweiligen Bürgermeister. Die zukünftige Versorgung mit 50 Mbit/s ist ein Quantensprung gegenüber der bisherigen Anbindung und ein Erfolg der Ostallgäuer Breitbandinitiative. Umgesetzt wird die Breitbandmaßnahme durch LEW TelNet und ihr Tochterunternehmen m-net. □



Von links: Regierungspräsident Karl Michael Scheufele, MdL Bernhard Pohl, Landrat Johann Fleschhut, die Günzacher Bürgermeisterin Brigitte Schröder, Buchloes Bürgermeister Josef Schweinberger, Dr. Markus Lütphar, Vorstandsmitglied der Lechwerke und Anton Gleich, Geschäftsführer M-Net. □

Wirtschaftsministerium fördert 500. Breitbandinvestition

Zeil: „Neuer Meilenstein beim bayerischen Breitbandausbau“

Der Ausbau des schnellen Internets in Bayern hat volle Fahrt aufgenommen. Das Bayerische Wirtschaftsministerium konnte bereits die 500. Breitbandinvestition fördern. Bayerns Wirtschaftsminister Martin Zeil freute sich über die große Nachfrage. „Das Förderprogramm ist ein hochwirksames Instrument, um Bayerns Internet-Zukunft zu sichern. Die von mir initiierte Verbesserung der Förderkonditionen beschleunigt den Ausbau eindrucksvoll. Seit Herbst 2009 hat sich die Zahl der geförderten Gemeinden verfünffacht. Weiße Flecken verschwinden zunehmend von der Landkarte.“

Zeil dankte auch den Bürgermeistern, die den Breitbandausbau zur Chefsache gemacht haben. „Dass der Breitbandausbau im Freistaat so zügig vorankommt, ist auch das Verdienst der engagierten Verantwortlichen in den Kommunen“, hob Zeil hervor.

Gemeinde Karbach

Der 500. Bescheid ging an die Gemeinde Karbach in Unterfranken im Kreis Main-Spessart. Die Deutsche Telekom baut in der Gemeinde vier neue VDSL-Multifunktionsgehäuse auf. Bürger und Unternehmen können Anschlüsse mit Übertragungsraten von 6 bis 16 Mbit/s bestellen. Das Projekt wird vom Freistaat mit 100.000 Euro bezuschusst. Zeil: „Ich freue mich, dass sich die Telekom wieder stark am Breitbandausbau im ländlichen Raum beteiligt. Neben den alternativen Anbietern von Breitbandlösungen ist auch das Engagement des größten Anbieters von DSL-Festnetzlösungen wichtig. Das Ziel einer lückenlosen Grundversorgung werden wir nur erreichen, wenn alle Anbieter ihre Kompetenzen einbringen. Weitere große Fort-

schritte bei der Versorgung der Fläche erwarten wir von der Digitalen Dividende. Wir nehmen die Auktionsgewinner beim Wort, dass sie noch dieses Jahr mit der kostenlosen Erschließung der unterversorgten Gemeinden beginnen und die Breitbandlücken schnell verschwinden werden. Eine umfassende Versorgung rückt dann in greifbare Nähe.“

Staatliche Zuschüsse von bis zu 100.000 Euro

Über das Bayerische Breitbandförderprogramm wurden bereits Investitionen von 500 Millionen in den Breitbandausbau sowie Planungen und Machbarkeitsstudien für weitere rund 650 Millionen Euro finanziell gefördert. 50 geförderte Gemeinden sind bereits am Netz. Über 35 Millionen Euro hat der Freistaat mittlerweile bayernweit für schnelles Internet bewilligt. Die Staatsregierung unterstützt den Breitbandausbau in Bayern mit einem Volumen von 47 Millionen Euro. Die Gemeinden können staatliche Zuschüsse von bis zu 100.000 Euro bei einem maximalen Fördersatz von 70 Prozent erhalten. □

Steuerungs- und Planungssysteme in öffentlicher Verwaltung:

Erfolgsfaktoren und Hindernisse

Studie des BARC-Instituts Würzburg

Öffentliche Einrichtungen auf kommunaler, Landes- und Bundesebene sehen sich zahlreichen Herausforderungen gegenüber. Staatliche Verschuldungen machen Kosteneinsparungen unumgänglich. Dadurch wächst der Druck, teure, ineffiziente Abläufe abzuschaffen, Informationsprozesse zu verbessern sowie die Produktivität zu erhöhen.

Gleichzeitig steigen – unter anderem durch Vorgaben aus der EU – die Anforderungen in Sachen Transparenz, etwa in den Bereichen Steuerverwendung, Ressourcenverbrauch oder Haushaltsausgleich. Hinzu kommt die gesetzlich verankerte Umstellung der Kameralen auf eine doppelbuchhalterische Buchführung, die den Bedarf an unterstützenden Softwarelösungen für Steuerung und Planung weiter steigert.

Unzureichende Nutzung

Eine von IBM in Auftrag gegebene Umfrage des Würzburger Analystenhauses BARC (Business Application Research Center) unter mehr als 120 deutschen Behörden auf kommunaler, Länder- und Bundesebene hat nun ergeben, dass Softwarelösungen für Steuerung und Planung bislang nur unzureichend genutzt werden. Während sich bei rund 80 Prozent der befragten Organisationen bereits Werkzeuge zur Steuerung und Planung im Einsatz befinden, zeigten sich lediglich 37 Prozent zufrieden mit den aktuell genutzten Systemen.

Die Einsatzbereiche konzentrieren sich laut Untersuchung überwiegend auf die Themen Haushalt (Budgetierung), Controlling und Personalwesen. Dabei ist die Nutzung von Steuerungs- und Planungssystemen für Reporting, Datenanalyse, Planung und Budgetierung heute bereits etabliert.

Die Zufriedenheit mit den eingesetzten Systemen für Steuer-

ung und Planung ist nicht nur von den Möglichkeiten des Systems an sich abhängig, sondern vielmehr auch von der gesamten Architektur sowie dem Konzept der Datenhaltung. Ein bedenkliches Warnsignal ist, so die Studie, dass 30 Prozent der Teilnehmerangaben, überhaupt kein Datenmanagementkonzept zu besitzen und somit ein wesentliches Fundament jedes Steuerungs- und Planungssystems fehlt.

Die Organisation im Visier

Insgesamt kommt die Untersuchung zu dem Ergebnis, dass klar formulierte Defizite wie komplizierte Prozesse, zu niedrige Geschwindigkeit bei der Umsetzung von Änderungen, mangelnde Datenqualität und nicht abgestimmte Kennzahlen im Wesentlichen organisatorisch angegangen werden müssen.

Abgestimmte Strategie

Langfristig zum Erfolg führen könne nur der gemeinsame, organisatorisch verankerte Ansatz einer abgestimmten fachlichen und technischen Strategie zur Steuerung und Planung. Da bei 41 Prozent der Teilnehmer momentan kein organisatorisches Konzept für Steuerungs- und Planungssysteme vorhanden ist, „scheint einerseits die baldige Abstellung der Kritikpunkte zweifelhaft und bietet sich andererseits signifikantes Optimierungspotenzial für die Zukunft“. DK

Schnelles Internet durch neue Mobilfunkgeneration

Bayerischer Gemeindetag begrüßt Freischaltung der neuen Technik

Der Bayerische Gemeindetag zeigt sich erfreut über die Freischaltung der ersten vier Mobilfunkstationen im Freistaat für die neue Übertragungstechnik LTE, mit der die Bürger in ländlichen Regionen des Freistaats schneller ins Internet gelangen.

Gemeindetagspräsident Dr. Uwe Brandl: „Mit der neuen Technik können jetzt auch Bürgerinnen und Bürger und die Gewerbetreibenden schnelle Internetverbindungen nutzen, die bislang kein leistungsfähiges Glasfasernetz am Ort vorfanden. Durch die Umrüstung der vorhandenen Mobilfunkstationen mit der neuartigen Übertragungstechnik LTE wird der Breitbandausbau in Bayern deutlich beschleunigt. Wir fordern dies seit Jahren.“

Brandl wies darauf hin, dass leistungsfähige Glasfaser nach wie vor die Technik der Zukunft bleiben wird. Internet via Funkfrequenzen könne aber eine sinnvolle Ergänzung gerade für Regionen im Freistaat sein, für die sich wegen der hohen Kosten ein Breitbandausbau per Glasfaserkabel nicht lohne. „Es freut uns sehr, dass die Deutsche Telekom den Startschuss für Burgbernheim, Hemau, Nennslingen und Wörth a.d. Donau gegeben und angekündigt hat, in den nächsten Wochen kontinuierlich weitere Kommunen mit der neuen Technik zu versorgen. Dann wird sich zeigen, ob in absehbarer Zeit wirklich schnelle Internetanschlüsse in ganz Bayern geschaffen werden können.“

Die Deutsche Telekom AG hat die ersten LTE-Standorte in Bayern in Betrieb genommen. Sie beginnt damit die Verpflichtung zu erfüllen, die ihr – wie ihren Mitbewerbern Vodafone, O2 und E-Plus – bei der Lizenzversteigerung im Frühjahr von der Bundesnetzagentur auferlegt wurde: bis 2016 in den mit Breitband unterversorgten Gemeinden 90 Prozent der Bevölkerung zu versorgen. Dabei soll der Ausbau zuerst in kleinen Orten der höchsten Prioritätsstufe (bis 5000 Einwohner) erfolgen und danach stufenweise auch die größeren Kommunen erfassen.

Die Nutzung der Frequenzen der sogenannten Digitalen Dividende ist an diese Ausbaupflichtung gebunden, mit denen die Bundesregierung ihre Breitband-Initiative entscheidend vorantreiben will. Bis Ende des Jahres sollen alle deutschen Haushalte mit mindestens 1 Mbit/s versorgt sein; bis 2014 sollen für mindestens 75 Prozent aller Haushalte Anschlüsse mit Übertragungsraten von 50 Mbit/s zugänglich sein. □



AKDB-Hausmesse Oberfranken:

Partnerschaftlich in der Region

Die AKDB begrüßte rund 250 Besucher aus ganz Oberfranken zur regionalen Hausmesse. Die Vertreter der Kommunen informierten sich über Produktportfolio und Zukunftsthemen der AKDB. Auf besonderes Interesse stießen die Themen Flächenmanagement und Innenentwicklung als kommunale Zukunftsaufgabe. Dazu hielt Gastredner Claus Hensold vom Bayerischen Landesamt für Umwelt einen Vortrag: Die demografische Entwicklung werde in den nächsten Jahrzehnten für immer mehr Flächenleerstände im ländlichen Raum sorgen. Das sei Herausforderung und Chance zugleich – für ein effizientes Flächenmanagement. Weitere Themen waren unter anderem Portallösungen und die neue Controlling- und Analyseplattform im Finanzwesen. Auch diese Veranstaltung stand im Zeichen der gegenwärtig schwierigen Haushaltslage der Kommunen. Die AKDB als größter kommunaler IT-Dienstleister stellt sich auf diese Gegebenheiten ein und wird Landkreise, Städte und Gemeinden bei ihren Einsparbemühungen unterstützen. Unser Bild zeigt AKDB-Direktor Alexander Schroth bei seiner Begrüßung. □

Agrarbildungszentrum Landshut-Schönbrunn:

Neues Wohnheim eingeweiht

Knapp einhalb Jahre nach dem traditionellen Spatenstich begrüßte Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein die Ehrengäste bei der Einweihungsfeier des neuen Wohnheims am Agrarbildungszentrum Landshut-Schönbrunn. Das pünktlich vor Beginn des neuen Schuljahres fertig gestellte Wohnheim bietet den Studierenden am Agrarbildungszentrum 113 moderne Einzelzimmer mit Internetanschluss, Kochnische und Nasszelle, darunter zwei rollstuhlgerechte Unterkünfte.

Sechs bis sieben Bewohner bilden eine Wohngruppe, die einen Gemeinschaftsraum mit Küche nutzen können. Dieses Wohnkonzept soll gemeinschaftliches Lernen, die Kommunikation zwischen den Studierenden und deren Eigenverantwortlichkeit fördern. 8,5 Millionen Euro hat der Bezirk Niederbayern für den Neubau aufgewendet – eine Investition in Bildung und Jugend, die den Standort Landshut-Schönbrunn noch attraktiver macht, erläuterte Bezirkstagspräsident Hölzlein.

Entwicklung

Das 1854 vor den Toren Landshuts unter dem Namen Kreisackerbauschule gegründete Agrarbildungszentrum des Bezirks Niederbayern umfasst heute den Landwirtschaftlichen Lehrbetrieb, die Landmaschinenschule, die Staatliche Fachschule für Agrarwirtschaft, Fachrichtung ökologischer Landbau sowie die 1994 in Betrieb gegangene Gartenbaufachschule. 1996 kamen die „Beruflichen Schulen“ hinzu und seither präsentiert sich das Agrarbildungszentrum als vieltgliedriges Bildungszentrum nicht nur für „grüne“ Berufe.

Der Bayerische Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten Helmut Brunner lobte in seiner Rede das große Engagement des

Bezirks Niederbayern im Bereich der beruflichen und fachschulischen Ausbildung. Durch den Neubau des Wohnheims sei der Standort weiter gestärkt worden. „Schließlich entscheiden nicht nur die Inhalte, sondern auch die Infrastruktur über die Akzeptanz und Ausstrahlung von Bildungseinrichtungen“, führte Minister Brunner aus.

Regionale Bauprodukte

Planer Markus Neuber vom Architekturbüro „Leinhäupl & Neuber“ beschrieb in seinem Grußwort die Bauphase, die unfallfrei verlaufen war. Er betonte, dass beim Ausbau großer Wert auf die Verwendung von regionalen und natürlichen Bauprodukten gelegt wurde. Nachdem er dem Bauherrn für das entgegengebrachte Vertrauen gedankt hatte, folgte die symbolische Schlüsselübergabe.

Bezirkstagspräsident Hölzlein gewährte den Festgästen noch eine Aussicht auf die Zukunft des Agrarbildungszentrums Landshut-Schönbrunn: Die nächsten Schritte auf dem Weg zur Realisierung des fortschreibungsfähigen Gesamtkonzeptes des Bezirks Niederbayern für das Agrarbildungszentrum sind die Umgestaltung des Eingangsbereichs und der Neubau der Landmaschinenschule. □



Diplom-Ingenieure Peter Leinhäupl und Markus Neuber, Bezirkstagspräsident Manfred Hölzlein, der Bayerische Staatsminister für Landwirtschaft und Forsten Helmut Brunner sowie der Direktor des Agrarbildungszentrums Thomas Scheidawind (v. l.) bei der symbolischen Schlüsselübergabe. □



Von links: CSU-Ortsvorsitzender Kurt Dauth, stellvertretende KPV-Kreisvorsitzende und Veldener Stadträtin Christa Beger, MdB Marlene Mortler, KPV-Kreisvorsitzende und Stadt- und Kreisrätin Cornelia Trinkl, KPV-Bezirksvorsitzender Gerhard Lunz, 2. Bürgermeister Himmler und KPV-Ehrenkreisvorsitzender Werner Kundörfer. □

KPV im Nürnberger Land:

Kommunen brauchen Sicherheit

Jahreshauptversammlung der kommunalpolitischen Vereinigung der CSU auf Burg Hartenstein - Zukunft der Gewerbesteuer genau bedenken

Bei der Jahreshauptversammlung der kommunalpolitischen Vereinigung der CSU (KPV) konnte Kreisvorsitzende Cornelia Trinkl zahlreiche haupt- und ehrenamtliche Mandatsträger begrüßen. Unter ihnen die kürzlich mit dem Bayerischen Verdienstorden ausgezeichnete Bundestagsabgeordnete und Kreisrätin Marlene Mortler.

Die KPV, das Netzwerk der CSU für alle haupt- und ehrenamtlichen Mandatsträger auf den drei kommunalen Ebenen Stadt/Gemeinde, Kreis und Bezirk, lud vor der Sommerpause zur Jahreshauptversammlung des Kreisverbands Nürnberger Land ins Restaurant „Touché“ auf der Burg Hartenstein.

Der 2. Bürgermeister der Gemeinde Hartenstein, Werner Himmler, stellte seine Gemeinde und die Burg in einem sehr informativen Vortrag vor. Im Anschluss an die Versammlung konnten die Besucher noch einen Blick auf die Dauerausstellung „Rittertum in Franken“ werfen.

Bundestagsabgeordnete Marlene Mortler ist trotz vieler bundesweiter Verpflichtungen immer noch Kreisrätin und damit weiterhin tief im Nürnberger Land verwurzelt. Dies wurde auch in ihrem Grußwort deutlich, in dem sie ihre Sorgen um die Kommunalfinzen äußerte und sich für eine sichere finanzielle Versorgung der Kommunen aussprach.

In ihrem Jahresbericht ging die Kreisvorsitzende der KPV auf die Aktivitäten des Kreisverbands im vergangenen Jahr ein. Mehrere Vorstandssitzungen brachten die Mitglieder der Kreisvorstandschaft in alle Teile des Landkreises: nach Röthenbach, Hersbruck, Altdorf, Feucht, Burghann, Behringersdorf, Lauf und nach Hartenstein.

So fand im vergangenen August vor der Bundestagswahl eine erweiterte Kreisvorstandssitzung mit allen Bürgermeistern und Fraktionsvorsitzenden der CSU zusammen mit MdB Marlene Mortler statt, in der das Regierungsprogramm aus kommunaler Sicht vorgestellt wurde.

Kundörfer Ehrenkreisvorsitzender

Einen weiteren Höhepunkt bildete der Ehrenabend der KPV im November in Feucht, bei dem der langjährige Kreisvorsitzende Werner Kundörfer zum Ehrenkreisvorsitzenden ernannt wurde. Daran schloss sich ein kommunalpolitisches Fachgespräch mit dem KPV-Landesvorsitzenden Stefan Röble mit den Themen kommunale Bildungssituation, Wirtschaftsförderung, Tourismus und der familienfreundliche Landkreis an.

2009 hatte auch die KPV-Bezirksversammlung im Landkreis stattgefunden, bei der Christa Beger, Thomas Ritter, Andreas Kögel, Roman Felber und Cornelia Trinkl in den Bezirksvorstand und Werner Kundörfer wieder zum stellvertretenden Bezirksvorsitzenden gewählt wurden.

Bei der Klausurtagung Anfang Juli stand das Thema interkommunale Zusammenarbeit im Mittelpunkt, was dann in die Veranstaltung „Stadt und Land – Hand in Hand“ zusammen mit der CSU-Kreisfraktion und

Landkreis Schweinfurt bei der ufra-Messe

Vom 25. September bis 3. Oktober 2010 findet in Schweinfurt wieder die weit über die Region hinaus bekannte und beliebte ufra-Messe statt. Natürlich präsentiert sich auch der Landkreis Schweinfurt wieder bei der großen Ausstellung. Heuer unter dem Motto: „Das alles gibt's im Landkreis Schweinfurt“.

Nach dem erfolgreichen Start des Tourismus-Zweckverbandes im April 2010 ist es nur folgerichtig, dass sich Stadt und Land in einem gemeinsamen Stand entsprechend dem Motto „Schweinfurt 360° – Tourismus rund um Stadt und Land“ präsentieren.

Die Gemeinden des Landkreises Schweinfurt haben sich in ihren vier Allianzen organi-

siert und unterstützen die Präsentation des Landkreises bei der ufra 2010. Und so gibt's wechselnde Aussteller, Gewinner und lokale Akteure aus der Interkommunalen Allianz Oberes Werntal, der Interkommunalen Allianz Schweinfurter Oberland, dem Schweinfurter Mainbogen und der Region Main-Steigerwald e.V.

Täglich wechselnde Gewinner aus dem Schweinfurter Land, Direktvermarkter und Gastronomen werden jedes Genießerherz höher schlagen lassen. Bei regionalen Spezialitäten sowie einem guten Wein lässt sich vor, während oder nach einem Messerundgang am Stand des Landkreises Schweinfurt in Halle 1/2 gerne verweilen.

Weiterhin stellen sich an verschiedenen Tagen namhafte Betriebe aus der Region wie die Brauerei und die Firma Eichetti aus Werneck, die Eisdielen Endres aus Grafenrheinfeld, die Konditorei Engelbertz Outbeck aus Hergolshausen oder die Umweltschule Reichelshof vor. Die Besucher haben die Gelegenheit, sich beispielsweise über verschiedene Museen im Landkreis Schweinfurt wie das Gipsinformationszentrum Sulzheim, das Literaturhaus Wipfeld oder das Fränkische Bildstockzentrum Egenhausen zu informieren.

Auch die ausgebildeten Gästeführer des Schweinfurter Landes stellen wieder interessante, sportliche, kulturelle oder kulinarische Führungen vor.

Außerdem gibt auch das Landratsamt Schweinfurt einen kleinen Einblick in die verschiedenen Aufgabenbereiche der Behörde: So steht u. a. das Motto „Sag mir, wo die Mädchen sind“ für die Arbeit der Gleichstellungsstelle des Landratsamtes Schweinfurt. Auch der Öffentliche Personennahverkehr (ÖPNV) mit seinen Kooperationspartnern sowie die Kommunale Jugendarbeit mit einigen Aktionen und Informationen zeigen den Besuchern ihren vielfältigen Aufgabenbereich. Und natürlich ist auch die Abfallwirtschaft des Landkreises wieder bei der ufra.

Das genaue Angebot des Landkreises Schweinfurt bei der ufra ist in einem Programmprospekt aufgelistet. Dieses ist im Landratsamt sowie den Gemeinden, Märkten und der Stadt Gerolzhofen erhältlich. □

So besonders wie du. Mein BASE.

BASE

www.base.de

Arbeitsgemeinschaft Fränkische Oberbürgermeister:

Stadtwerke und Sparkassen

Energie- und finanzpolitische Themen bestimmten das jüngste Treffen der Arbeitsgemeinschaft Fränkische Oberbürgermeister in Würzburg unter Vorsitz des Erlanger Oberbürgermeisters Dr. Siegfried Balleis.

Was die Laufzeitverlängerung der Atomkraftwerke anbelangt, so machten die Rathauschefs darauf aufmerksam, dass dadurch an der Strombörse eine klare Wettbewerbsverzerrung für kommunale Stadtwerke wie die Würzburger WVV entstehe, die in den vergangenen zehn Jahren in Klima schonende Kraft-Wärme-Kopplung investiert haben. Ein weiteres Problem für kommunale Stadtwerke sei die sog. Anreiz-Regulierung, die seit Januar 2009 die Netzentgelte der Stromanbieter regelt und zu geringeren Energiepreisen für die Verbraucher führen soll.

Stromnetz und Leistung

Für OB Balleis ist dadurch sogar die Leistungsfähigkeit des gesamten deutschen Stromnetzes in Gefahr: „Durch die Regulierungsbehörde sind die kommunalen Stadtwerke massiv unter Druck geraten.“ Nach einem aktuellen Gutachten des Verbandes kommunaler Unternehmen (VKU) sei „die Investitionsfähigkeit der deutschen Netzbetreiber unter den gegenwärtigen Bedingungen nicht mehr gewährleistet“, hob Balleis hervor. Laut VKU kommen mit den kurzfristig geschaffenen Neuregelungen auf die kommunalen Netzbetreiber erhebliche Verschärfungen der bisherigen Bedingungen zu. Durch die Statuierung weitergehender Informations- und Darlegungspflichten von Netzbetreibern gegenüber der Regulie-

rungsbehörde werde über das Ziel hinausgeschossen.

Wie der VKU darlegt, sei es eine Tatsache, dass die getätigten kommunalen Investitionen in neue Kraftwerksanlagen politisch gewünscht waren, die Stadtwerke Milliardenbeträge investiert haben und nun feststellen müssen, dass die Bundesregierung ordnungspolitisch das Oligopol der Energiekonzerne bevorzugt. Die Stadtwerke hätten in der Erwartungshaltung investiert, dass 20.000 Megawatt an Kraftwerkskapazitäten stufenweise vom Netz gehen. Nach den Beschlüssen der Regierung blieben diese Kapazitäten nun deutlich länger am Netz, zu Lasten der Wirtschaftlichkeit der neuen kommunalen Anlagen.

Einlagensicherungssystem

Auch auf die EU-Kommission sind die fränkischen Oberbürgermeister schlecht zu sprechen, strebt Brüssel doch als Konsequenz aus der Finanzkrise ein Einlagensicherungssystem für alle Kreditinstitute an. Dazu zählen auch die Sparkassen, die aber durch ihr „Institutssicherungssystem“ ohnehin mit ihrem gesamten Vermögen füreinander einstehen. Die Richtlinie sieht eine Anpassung aller gegenwärtigen Einlagensicherungssysteme auf einen einheitlichen Standard vor und soll Wettbewerbsverzerrungen unter den Kreditinstituten in Europa verringern, die durch unterschiedliche Deckungssummen für

die Einlagen entstanden sind.

„Wir haben bereits einen Gürtel in der Hose, und die EU will uns zwingen, auch noch einen Hosenträger zu kaufen“, lautete Balleis' Kommentar zu derlei Bestrebungen. Die Kommission will die Kundeneinlagen auch im Falle einer neuen Bankenkrise bis zu einer Höhe von 100.000 Euro (derzeit: 50.000 Euro) absichern.

Wie Erlangens OB darlegte,

Kritik wurde schließlich auch an der Bayerischen Staatsregierung laut: Während die Städte und Gemeinden durch ständig steigende Bezirksumlagen belastet würden, solle sich der Freistaat in einem Haushalt ohne Nettoneuverschuldung, stellte Balleis fest. Die Bezirke, die den Löwenanteil ihrer Haushalte für Sozialleistungen ausgeben (in Unterfranken waren es dieses Jahr über 88 Prozent), müssten vom Freistaat finanziell besser ausgestattet werden, forderte die Arbeitsgemeinschaft der fränkischen Oberbürgermeister.

Die Bezirke finanzieren sich

www.der-flexible-Raum.de

Container · Raummodule · Hallensysteme

müssten die bayerischen Sparkassen bis zum Jahr 2020 1,4 Milliarden Euro als Einlagensicherung zurücklegen. Die Kommunen als Träger der Sparkassen wollen deshalb mit Hilfe ihrer Bundestags- und Europa-Abgeordneten gegen die EU-Pläne zu Felde ziehen. Würzburgs Oberbürgermeister Georg Rosenthal sprach von einer „langfristigen politischen Strategie“ der EU: „Die Sparkassen sind die Gewinner der Finanzkrise, jetzt sollen ihnen im Wettbewerb Handschellen angelegt werden.“

aus der Bezirksumlage sowie einem Finanzierungstopf des Landes Bayern mit heuer insgesamt 583,6 Millionen Euro für alle sieben Bezirke. Dies wird aber nach allgemeiner Einschätzung bei weitem nicht reichen. Berechnungen zufolge müsste dieser Topf auf 1,2 Milliarden Euro aufgestockt werden, damit die Bezirksumlage nicht steigen müsste. Dass es eine solche Erhöhung nicht geben wird, ist den Bezirken klar; jedoch fordern sie eine Erhöhung auf zumindest 800 Millionen Euro. **KI**

Festival Fränkischer Sommer - Musica Franconia:

Reiches Interesse an lebendiger Musik

Das international renommierte Musikfestival „Fränkischer Sommer – Musica Franconia“ des Bezirks Mittelfranken war einmal mehr ein voller Erfolg. Vom 15. Juli bis 12. September erwartete den Liebhaber von Musik im Originalklang eine Fülle von Konzerten an reizvollen Orten in Nürnberg und der gesamten Region.

Den Schwerpunkt des Festivals bildete in diesem Jahr das Clavier. Spezialisten aus ganz Europa spielten in ausgewählten Konzerten des Festivals auf historischen Clavieren auch aus der Region. Ergänzt wurde das Festivalprogramm durch erstklassige Solisten und Ensembles im Vokal- und Instrumentalbereich, die sich auf ihre individuelle und wissenschaftlich fundierte Weise in den Konzerten des Festivals mit der fränkischen Musikgeschichte auseinandersetzen. Das Festival „Fränkischer Sommer – Musica Franconia“ erreichte auch 2010, dass sich Niveau und Vergnügen in seinen Konzerten vereinen.

Bewährtes Konzept

Das Festival ist seit dem Jahr 2000 unter der Trägerschaft des Bezirks Mittelfranken. Sowohl die Internationalen Festtage Alter Musik Nürnberg – Musica Franconia am Eröffnungswochenende in Nürnberg als auch die Veranstaltungsreihe Fränkischer Sommer in der Region bilden ein einzigartiges kulturelles Angebot in Mittelfranken. Dafür sorgt das bewährte Festivalkonzept, das 1.000 Jahre fränkische Musikgeschichte mit historischen Instrumenten und ausgewählten Örtlichkeiten kombiniert.

Bayerns Innenminister Joachim Herrmann, der als Schirmherr das Musikfestival eröffnet hatte, betonte in einem Grußwort, beim „Fränkischen Sommer“ werde Kultur von höchster Qualität auch in ländlichen Gebieten geboten. „Gerade die Verbindung von regionaler Tradition und internationaler Musik schätze ich besonders. Der ‚Fränkische Sommer‘ ist ein kulturelles Markenzeichen und ein Vorzeigeprojekt der Metropolregion Nürnberg.“

Mit dieser außergewöhnlichen Musikreihe zeige der Bezirk Mittelfranken, wie wichtig ihm kulturelle Vielfalt in der gesamten Region sei. „Das Besondere an dem Festival ist die Verbindung der Musik mit den ausgewählten Konzertstätten“, so Herrmann. Die insgesamt 40 Veranstaltungen fanden an 34 verschiedenen Orten statt, über ganz Mittelfranken verteilt und in den angrenzenden Regierungsbezirken, in Festsälen und Innenhöfen von Schlössern, Jagdsitzen und Burgen, in alten Scheunen, auf Freilichtbühnen, in Kirchen und Klöstern.

Gesamtkunstwerk

Der Minister dankte den rund 390 renommierten Musikern, Künstlern und Darstellern aus zehn Nationen: „Musik, Architektur und Geschichte werden so zu einem Gesamtkunstwerk.“ Die einzelnen Veranstaltungen des ‚Fränkischen Sommers‘ seien ein Beleg für den kulturellen Reichtum Frankens. „Die vielseitigen kulturellen Veranstaltungen tragen dazu bei, dass Bayern Tourismusland Nummer eins in Deutschland ist und bleibt.“

Bereits seit der Gründung des Festivals unterstützt die N-ERGIE Aktiengesellschaft die Veranstaltungsreihe „Fränkischer Sommer – Musica Franconia“ und ist damit „spürbar näher“ bei ihren Kunden in Nürnberg und besonders auch in der Region. Mit ihren aktiven Sponsoringtätigkeiten sorgt die N-ERGIE dafür, dass den Menschen vor Ort ein breites kulturelles, sportliches und soziales Angebot zur Verfügung steht. Somit übernimmt das regional fest verwurzelte Unternehmen Verantwortung für die Menschen vor Ort und sorgt für mehr Lebensqualität. **DO**

Oberpfalztag in Weiden:

Werbung für „Donau-Moldau-Region“

Auf Einladung des Regionalmarketing Oberpfalz e. V. und der Bayerischen Staatskanzlei fand in Weiden unter dem Motto „Die Oberpfalz – Wirtschaftsregion in der Mitte Europas“ zum ersten Mal ein großer Oberpfalztag statt. Oberpfälzer Firmen, die den Regierungsbezirk als starke Wirtschaftsregion in der Mitte Europas positionieren, Entscheider aus Wirtschaft und Politik, Vertreter von Kommunen, Kammern und Verbänden – die Tagung führte die maßgeblichen Akteure zusammen, um alle Kräfte für die Zukunft zu bündeln.

Vor rund 300 Besuchern wies Europaministerin Emilia Müller in ihrem Impulsreferat darauf hin, dass die Oberpfalz den Strukturwandel angenommen und neue Chancen geschickt genutzt habe. Die Oberpfalz sei heute eine dynamische Aufsteigerregion und stehe in guter Verfassung da. Dafür sprächen die aktuelle Arbeitslosenquote von 4,2 Prozent, eine gesunde Wirtschaftsstruktur und ein leistungsfähiger Mittelstand.

Mit dem Biopark in Regensburg habe eine der wichtigsten Zukunftsbranchen in der Oberpfalz voll Fuß gefasst. Auch in den Branchen Solarenergie und Mechatronik sei der Regierungsbezirk gut aufgestellt. Auch sei die Oberpfalz eine Region mit einer gut ausgebauten Wissensinfrastruktur. Durch die renommierte Regensburger Universität und die zwei leistungsfähigen Fachhochschulen habe sie im Wettbewerb um die besten Köpfe ausgezeichnete Chancen.

Durch die EU-Osterweiterung ist die Oberpfalz laut Müller in die Mitte Europas gerückt. Vor allem durch die unmittelbare Nachbarschaft zu Tschechien biete sie beste Wirtschaftsperspektiven. Tschechien war 2009 weltweit Nummer 7 unter den Handelspartnern Bayerns. Die bayerischen Unternehmen exportierten Waren im Wert von über 4 Milliarden Euro in das Nachbarland.

Sehr eng arbeite die Bezirksregierung der Oberpfalz mit der Nachbarregion Pilsen zusammen. Im Rahmen der Regionalkooperation Oberpfalz- Pilsen gebe es zahlreiche gemeinsame Vorhaben auf den verschiedensten Themensektoren von Wirtschaft und Tourismus bis hin zur Kultur, so die Ministerin. Hier gehe es um Fragen des Bäderwesens und des Katastrophenschutzes ebenso wie um ländliche Entwicklung und Ökologie. Es sei das ausdrückliche Ziel dieser Regionalkooperation, Netzwerke von Partnern beiderseits der Grenze auf- und auszubauen und so die gegenseitigen Beziehungen zu vertiefen.

Ministerin Müller versuchte die versammelten Bürgermeister, Unternehmer und Wirtschaftsförderer davon zu überzeugen, dass sich ihr Bezirk schnellstmöglich der geplanten „Donau-Moldau-Region“ anschließen solle. Von dieser Region, komponiert aus Oberpfalz, Niederbayern, der Region Pilsen, Südböhmen und Oberösterreich, erhofft man sich Aufschwung. Die Region könne mit imposanten Zahlen aufwarten, so Müller: Es handle sich um einen Wirtschaftsraum mit rund fünf Millionen Einwohnern, der in seiner Wirtschaftsleistung an 16. Stelle in der EU stehe, mit gemeinsamer Geschichte und vielen Ansatzpunkten für eine gemeinsame Zukunft.

Bis in zwei Jahren, so Franz Löffler, Bezirkstagspräsident und Oberpfälzer Koordinator, soll die neue Europaregion stehen. Die Zeit drängt, denn im Norden und Süden gibt es ebenfalls Pläne für Europaregionen. Ein tschechischer Teilnehmer warnte davor, dass es zwischen den beiden geplanten Zusammenschlüssen dann zu einem Vakuum kommen könnte. Mittendrin: die Oberpfalz.

Im Rahmen des Oberpfalztagess wurde auch die EU-Regionalförderung ab dem Jahr 2014 thematisiert. Der EU-Kommissar für Regionalpolitik, Dr. Johannes

Hahn, sicherte dabei eine Fortsetzung der Fördergelder zu, konnte aber noch keine konkreten Beträge nennen. Er zeigte sich sehr zufrieden mit der Entwicklung der Oberpfalz. Dass Bayern einen Großteil seiner Fördergelder von 886 Millionen Euro nach Ostbayern gebe, sei eine sehr kluge Entscheidung und für Ostbayern ein eindeutiges Signal der Unterstützung.

Erstmals wurde auch der neue Imagefilm für die Oberpfalz vorgestellt. Regierungspräsidentin Brigitta Brunner zeigte sich begeistert, zeigt der Imagefilm doch die schönen Seiten der Oberpfalz. Künftig soll er auf der Homepage des Regionalmarketing Oberpfalz wie auch auf Messen und Veranstaltungen genutzt werden. **DK**

GemeindeZeitung

ISSN 0005-7045

Fachblatt der KPVP in Bayern

Herausgeber:

Landrat Stefan Rößle

Ehrenherausgeber:

Beda Bohinger

Otto Ammon

Redaktion:

Anne-Marie von Hassel (verantwortlich)

Doris Kirchner, Chefin vom Dienst

Jakob Döring

Telefon 08171 / 9307-13

Ständige Mitarbeiter:

Lutz Roßmann (Landtag)

Dr. Sabine Schwarz (Berlin)

Prof. Klaus Jamin (EDV-Specials)

Werner Bumeder (KPVP)

Peter Müller

Die Zeitung und alle in ihr enthaltenen

Beiträge und Abbildungen sind

urheberrechtlich geschützt.

Mit Ausnahme der gesetzlich zuge-

lassenen Fälle ist eine Verwertung ohne

Einwilligung des Verlages strafbar.

Für unverlangt eingesandte Manuskripte,

Dokumente und Fotos wird

keine Gewähr übernommen.

Namentlich gekennzeichnete Artikel

geben nicht unbedingt die Meinung der

Redaktion wieder.

Anzeigen- und Vertriebsleitung:

Constanze von Hassel (verantwortlich),

Telefon 08171 / 9307-13

Zur Zeit gilt die Anzeigenpreisliste

Nr. 44 vom 01.01.2010

Anzeigenschlußtermine:

siehe Erscheinungs- und Themenplan

22 Ausgaben jährlich

(mit zwei Doppelausgaben);

Jahresbezugspreis Inland:

€ 76,10 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Lieferanschriften:

(Abrechnung über eine Adresse)

€ 38,25 zzgl. MWSt.

Sammelabo ab 10 Zeitungen:

(Abrechnung und Lieferung an eine

Adresse) € 27,- zzgl. MWSt.

Kündigung:

zwei Monate vor Jahresende

schriftlich an den Verlag.

Verlags- und Geschäftsleitung:

Anne-Marie von Hassel

Anschrift und Sitz des Verlags

und aller verantwortlichen Personen:

Verlag Bayerische Kommunalpresse GmbH

Postanschrift:

Postfach 825, 82533 Geretsried

Paketanschrift:

Breslauer Weg 44, 82538 Geretsried

Telefon 08171 / 9307-11

Telefax 08171 / 805 14

eMail: info@gemeindezeitung.de

Internet: http://www.gemeindezeitung.de

Bankverbindungen:

Sparkasse Dillingen

Konto 100 21 566, BLZ 722 515 20

Raiffeisenbank

Füssen-Pfronten-Nesselwang

Konto 144 320, BLZ 733 698 78

Inhaber- und

Beteiligungsverhältnisse:

100 % Verlag Bayer. Kommunalpresse

GmbH, Geschäftsführerin:

Anne-Marie von Hassel

Druck und Auslieferung:

Pressdruck Oberfranken GmbH & Co. KG

Gutenbergstr. 11, 96050 Bamberg

Für die Herstellung dieser Zeitung wird

Recycling-Papier verwendet.

Fränkische Städte:

Tourismusoffensive

Frankens Städte wollen den Tourismus ankurbeln. Dabei setzen sie auf eine Konzentration der Werbeaktivitäten. Geht es nach dem Willen der Oberbürgermeister, so sollen Bier- und Weinregion künftig gemeinsame Themen entwickeln und an einem Strang ziehen.

Rund acht Milliarden Euro geben Touristen pro Jahr in Ober-, Mittel- und Unterfranken aus. Dieser bedeutende Wirtschaftsfaktor wächst allerdings nur sehr langsam. Wie die Arbeitsgemeinschaft fränkischer Oberbürgermeister bekanntgab, hat der Tourismus-Umsatz seit der Gründung der Arbeitsgemeinschaft, im Jahr 1987, lediglich um elf Prozent zugelegt. Das wollen die Stadtobere verbessern.

Anlässlich der Sitzung fränkischer Oberbürgermeister im Würzburger Rathaus kamen zunächst Fachleute zu Wort. Das Ergebnis zeigt, dass einige Teilregionen Frankens, an der Spitze die Fränkische Schweiz, weit über die Grenzen Frankens hinaus einen hohen Bekanntheitsgrad besitzen, andere sehenswerte Gebiete und Orte dagegen können sich auf der internationalen Tourismuslandkarte kaum behaupten. Das liege vielleicht am schwächer werdenden Geografie-Wissen, spöttelte der Vorsitzende der Arbeitsgemeinschaft, Erlangens OB Siegfried Balleis. Diesem Wissen wollen die Oberbürgermeister jetzt auf die Sprünge helfen.

Auch soll Frankens Tourismus stärker auf den Trend der Zeit eingeschwenkt werden. Während die Konkurrenz aus den neuen Bundesländern bereits großflächige Themen-Kampagnen gestartet habe, höre man aus Franken immer noch zu viel Kleinteiliges. Der Gast ordne seinen Urlaub aber neuerdings nach Themen ein und weniger nach Orten oder Regionen. Darauf müsse man reagieren, fordern die Oberbürgermeister der Bier- und Weinregion gemeinsam. Zu diesem Zweck sollen die Aktivitäten der bestehenden Werbeverbände übersichtlich strukturiert und konzentriert werden und laut dem Würzburger OB Georg Rosenthal zu einem „einheitlichen Auftritt Frankens“ führen. Letztlich sollen nicht nur die Zentren sondern möglichst die ganze Fläche noch stärker vom Tourismus profitieren. Als gelungenes Beispiel nannte er den Mainradweg, der als Senkrechstarter binnen kürzester Zeit zu einer der beliebtesten Attraktivitäten dieser Art in ganz Deutschland geworden ist. Nicht nur dieser Radweg soll die Qualitäten der Wein- und Bierregion fester miteinander verbinden, hoffen die Oberbürgermeister.

Als ersten Schritt in diese Richtung hat das Amt für Internationale Beziehungen in Nürnberg sämtliche bestehenden Städtepartnerschaften aller Mitglieder der Metropolregion Nürnberg erfasst und stellt die Daten aller Städte, Landkreisen und Gemeinden zur Verfügung. Damit soll das bestehende internationale Geflecht von Beziehungen zum Nutzen der Tourismus-Strategien genutzt werden.

wkn

Nürnberg und Umland:

Gesundheitsregion Mittelfranken

In der Metropolregion um den Großraum Nürnberg ist die weitere wirtschaftliche Profilierung ein großes Anliegen. Die beiden CSU-Bezirksvorsitzenden für Mittelfranken, Staatsminister Joachim Herrmann, und Nürnberg/Fürth/Schwabach, Staatsminister Dr. Markus Söder, waren sich bei einer gemeinsamen Pressekonferenz darin einig, dass die Region zwar wirtschaftlich stark sei, es aber dennoch vor allem angesichts der insgesamt zu hohen Arbeitslosenzahlen Herausforderungen und somit Handlungsbedarf gibt. Deshalb sollten die finanziellen Mittel für die Städtebauförderung auf hohem Niveau auch künftig fließen und Förderschwerpunkte sollen dorthin gesetzt werden, wo vergleichsweise viele Langzeit-Arbeitslose registriert sind.

Joachim Herrmann strebt an, dass die Friedrich-Alexander-Universität Erlangen-Nürnberg bald zur Elite-Uni aufsteigt, er will den Verkehrswegebau in Nürnberg und Mittelfranken weiter forcieren und das Kompetenzzentrum Gesundheit und Medizin mit den Schwerpunkten in Erlangen und Nürnberg ausbauen. In Übereinstimmung mit Dr. Markus Söder, der alles, was mit Gesundheit zu tun hat, einen „riesigen Wachstumsmarkt“ nannte, soll die Gesundheitsregion auch ein weiterer Standortfaktor werden. Söder ergreift in diesem Zusammenhang die Initiative zur Gründung einer Gesundheitsagentur mit Standort in Nürnberg. Von dort sollen neue Impulse ausgehen und Vermarktungsstrategien entwickelt werden.

Großen Wert legt der Gesundheitsminister auch auf die weiteren Ausbau regenerativer Ener-

gien und plant ein „Referenzzentrum ökologische Energien“ als nationalem Schwerpunkt zur weiteren Erforschung der Speichertechnologie. „Wenn die Sonne scheint und Wind weht,

haben wir Energie im Überfluss, aber auch nur dann“.

Führung und Vorbild

Joachim Herrmann und Markus Söder zeigten sich davon überzeugt, dass Erreichtes kein Ruhekiten sein dürfe. Nürnberg und ganz Mittelfranken will im globalen Wettbewerb zumindest auf bestimmten Gebieten Führung und Vorbild sein. Die beiden Staatsminister nennen dabei besonders die Ökologie, die Gesundheit und die Forschung als herausragende Markenzeichen der Region. **PM**



Mit dem Thema „Wir geben Mittelfranken Zukunft“ beschäftigt sich auch der Bezirksparteitag der CSU Mittelfranken Anfang Oktober. Im Bild die Bezirksvorsitzenden Herrmann (Mittelfranken, l.) und Söder (Nürnberg/Fürth/Schwabach). **□**

I. Dillinger Sparkassen-Forum:

Den Mount Everest besteigen

Mit starkem Beifall gefeiert wurde beim „I. Dillinger Sparkassen-Forum“ der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen ein international bewährter Krisenbewältiger besonderen Formats, der langjährige FIFA-Schiedsrichter und Fußballexperte im ZDF Urs Meier. Sein Erlebnissvortrag „Motivation zu Spitzenleistungen und Entscheidungen in kritischen Situationen“ beleuchtete u. a. den mit vielen Risiken behafteten Tatbestand, dass sowohl auf dem Fußballfeld als auch in der Wirtschaft blitzschnell und zielgerecht gehandelt werden müsse.

Führungspersönlichkeiten müssten, so Meier, belastbar und mit Durchsetzungsvermögen ausgestattet sein. Hierbei gelte es, im Schnellverfahren, innerhalb von Sekunden klar, fair und gerecht zu entscheiden. Im übertragenen Sinne habe man hierbei ohne Zögern einen steilen Gipfel, sozusagen einen unsichtbaren „Mount Everest“ (den mit 8840 Metern höchsten Berg der Welt) zu bezwingen.

In Erinnerung an seine rund 900 als Schiedsrichter weltweit gepfiffenen Fußballspiele warnte der in der Schweiz beheimatete 51-jährige Chef der „Urs Meier Management AG“ mit Nachdruck vor Arroganz: „Wir sind nicht nur für das verantwortlich, was wir tun, sondern auch für das, was wir nicht tun. Kein Entschuldig ist auch ein Entschuldig.“

Im Sternzeichen des „Wassermanns“ geboren, ist der vielseitig erprobte Sportsmann Meier (neben Fußball, Schiedsrichtern, Skifahren, Motorradfahren und Reiten) ein guter Schwimmer und Optimist sowieso. Morddrohungen von radikalen Fans hat er ebenso schnell weggesteckt wie Verleum-

dungen („Notfalls hilft ein gedanklicher Tritt in den Hintern an die richtige Adresse). Die rund 700 Zuhörer in der Sebastian-Kneipp-Halle ermutigte Urs Meier in der Wirtschaft, der Politik und im Privatleben mit Gefühl, Verstand und Mut richtige Orientierung zu vermitteln: „Visionen und Taten können die Welt verändern. Und Menschen dürfen auch Fehler machen und daraus lernen.“

Besonderer Treffpunkt

Der Vorstandsvorsitzende der Kreis- und Stadtparkasse Dillingen, Thomas Schwarzbauer, stellte zum Start des künftig jährlich vorgesehenen „Dillinger Sparkassen-Forums“ heraus, dass hier ein besonderer Treffpunkt zur Kontaktpflege und der Förderung vertrauensvoller Zusammenarbeit gepflegt werden solle. Unter den zahlreichen Repräsentanten des öffentlichen Lebens begrüßte

Schwarzbauer u. a. Regierungspräsident Karl Michael Scheufele, Landrat Leo Schrell, Oberbürgermeister Frank Kunz, Bürgermeister, Kreis- und Stadträte sowie Vertreter des Sports.

Seinen Dank an die Kunden verband Direktor Schwarzbauer mit Erfolgswerten des Hauses. Die Sparkasse Dillingen sei unter den „Top-Adressen“ unter Bayerns Sparkassen im Auslandsgeschäft. Hinzu gekommen seien u. a. der Rang 3 im Vergleich der 73 Sparkassen im Versicherungsgeschäft mit den Unternehmenskunden und der Spitzenrang im Bereich der Geldvermögensbildung in den Jahren 2008 und 2009.

Als Schirmherrin des „Dillinger Sparkassen-Forums“ betonte Vertriebsdirektorin Tamara Wotruba von der Deka die hervorragende Zusammenarbeit mit der Sparkasse Dillingen („Sie gehört in Bayern zu unseren absoluten Top-Partnern und weist auch deutschlandweit seit Jahren Spitzenresultate im Investmentgeschäft auf“). Hingewiesen wurde darauf, dass die Deutsche Kapitalanlagegesellschaft (Deka) zum zweiten mal von „Kapital“ mit den „5 Sternen“ ausgezeichnet worden sei. **jdt**



Auf dem Sparkassenforum (v. l.): Regierungspräsident Karl Michael Scheufele, Sparkassenvorstand Josef Holzmann, die Vertriebsdirektorin der Deka Tamara Wotruba, der Aufsichtsrat der SwissProFund AG, Dr. Wilhelm Grovermann, Oberbürgermeister Frank Kunz, Sparkassenvorstandsvorsitzender Thomas Schwarzbauer, Urs Meier, Landrat Leo Schrell. **Bild: jdt**

Bürgermeisterin für Gessertshausen

Die Gemeinde im Landkreis Augsburg hat künftig eine Rathauschefin. Die Informatikerin Claudia Schuster setzte sich als Kandidatin der Freien Wähler bereits im ersten Wahlgang mit 50,61 Prozent der Stimmen gegen den CSU-Kandidaten Otto Hochmuth (34,18 Prozent) und den SPD-Mann Roman Winnerl (15,20 Prozent) durch. **DK**

GZ Gestern

hat mein Chef gesagt ...



„Schon klar, Not macht erfinden. Eigentlich kann man dem Kollegen nur die Daumen drücken.“ Mein Chef, der Bürgermeister, legte seine Stirn in Falten und überlegte einen Moment: Die ideale Pressemeldung zum Faschingsbeginn!

Das haut die Leute um, wenn sie lesen, dass unser Städtchen dem Beispiel der nahe Neapel gelegenen Stadt Melito nachempfunden und zur Sanierung des klammen Haushalts künftig Lotto spielt. Kein Witz: Der Stadtrat dieser süditalienischen Kommune hat ganz offiziell und einstimmig einen Haushaltsposten eingerichtet, damit die Stadt an der nationalen Lotterie teilnehmen kann. 15 Euro pro Woche lassen sich die Stadtväter und -mütter diesen Griff nach einem finanzpolitischen Strohhalm kosten, 800 Euro stehen dafür im Jahr zur Verfügung. Abgezwickelt wird das Geld vom Salär des Bürger-

einer Lotterie nur bei einem was hängen bleibt: beim Veranstalter. Die ewige Faszination liegt halt in der verlockenden Diskrepanz zwischen dem sicheren, aber verschmerzbareren Verlust des Einsatzes und der Aussicht auf märchenhaften Reichtum – wenngleich die Chance in Italien bei 1:622 Mio. liegt und es damit wahrscheinlicher ist, dass ich die Telefonnummer des süßen Typen im Cabrio errate, der mir gestern an der Ampel zuglächelt hat, als die richtigen Glückszahlen. Aber was die Mathematiker dezent verschweigen: Während der Cabrio-Beau für immer auf meinen Anruf warten muss, trifft der Hauptgewinn mit schöner Regelmäßigkeit einen Glücklichen. Soviel zum Verhältnis von Wahrscheinlichkeit und Hoffnung.

Dennoch: Lotterien und Verlosungen bleiben ein Dauerbrenner – und ein genialer Weg, maximale Einnahmen zu erzielen. Dabei sind der Fantasie keine Grenzen gesetzt. In anderen Ländern praktiziert, bei uns leider noch verboten: Hausverlosungen. Das Prinzip besteht darin, sich keinen Käufer für sein Haus zu suchen und mit diesem den Preis auszuhandeln, sondern Lose zu verkaufen. Einziger Gewinnposten ist dann zwar das Haus, aber der Mitspieler hat für – sagen wir – 4,50 Euro die Chance 1: 200.000, die Hütte zu gewinnen und der Eigentümer hat im Zweifel das Doppelte von dem eingenommen, was sein Objekt wert ist.

Reine Glückssache

meisters, denn die klamme Kommune hat buchstäblich keinen mürden Cent mehr auf der Hand. So schlecht wie die Einnahmesituation ist es wohl auch um die Kreditwürdigkeit bestellt.

Bohrt man etwas tiefer, schwingt in dieser skurrilen Geschichte etwas Tragikomisches, fast Surrealistisches mit. Der Bürgermeister von Melito hat nämlich verkündet, sein Versuch an Geld zu kommen sei ebenso seriös wie die Spekulationen anderer Städte an den Finanzmärkten. Nur dass er das Glück halt frontal herausfordert, während andere dazu die verschlungenen Wege von Derivaten und Finanzinnovationen gingen. Und tatsächlich haben italienische Kommunen in den vergangenen Jahren zwar gute 100 Millionen Euro Gewinn mit Finanzmarktgeschäften erlöst – aber im Gegenzug etwa 1,1 Milliarden Euro durch Zockerei in den Sand gesetzt. Kein Wunder, dass die Idee, sich der Lottofee an die Brust zu schmeißen, in der Bevölkerung des 35.000-Einwohner-Städtchens auf wenig Kritik stößt. So träumt halt eine ganze Stadt den Traum des kleinen Mannes vom Reichtum über Nacht durch die Huld der launischen Fortuna.

Allerdings: Nachdem die Italiener das Lotto erfunden haben, sollte ihnen klar sein, dass bei

Mein Chef, der Bürgermeister, freut sich schon auf die Reaktion der Leute auf den Spaß. Aber er kommt auch ins Grübeln – könnte nicht die alte Lagerhalle des Bauhofs verlosen, für die kein vernünftiges Angebot vorliegt? Oder wie wäre es mit einer kommunalen Lotterie zum Ausbau der Kinderbetreuung, nach der alle schreien, die aber keiner bezahlen will? Man müsste mal prüfen, wie die Bürgerschaft als Ganze am ehesten von der ewigen Sehnsucht ihrer einzelnen Mitglieder nach dem plötzlichen Glück profitieren könnte. Oder sollte man selber beim nächsten Jackpot ein paar Euro riskieren – nur mal so? Vorerst lege ich ihm ein Kalenderblatt mit dem Satz des Demokrit auf den Schreibtisch: „Glück hat seinen Sitz nicht in Gold oder in Viehherden, sondern in der Seele.“

the Sabriul

Mittelneufnach und Nuillé-sur-Vicoïn:

15 Jahre deutsch-französische Gemeindepartnerschaft

„Doppel genäh hält besser!“ – Nach dieser alten Lebensweisheit feierten die Partnergemeinden Mittelneufnach und Nuillé-sur-Vicoïn das 15-jährige Bestehen ihrer Partnerschaft dieser Tage zum zweiten Mal. Im vergangenen Jahr geschah dies auf französischem Boden in der Mayenne. Heuer wurde das Jubiläum auch in den Stauden begangen.

Angeführt von Dominique Dupé, dem Präsidenten des Partnerschaftskomitees, und von Altbürgermeister Dominique Delaunay war kürzlich eine 21-köpfige Delegation aus Nuillé in der Neufnachgemeinde zu Gast, um die vor nunmehr 15 Jahren geknüpften Bande der Partnerschaft aufzufrischen und zu erneuern. Ihre Mittelneufnacher Gastgeber – allen voran Hermann Zott, der Vorsitzende des deutsch-französischen Freundeskreises, und sein Stellvertreter, Bürgermeister Franz Xaver Meitingner, hatten für das verlängerte Wochenende wieder ein buntes Programm auf die Beine gestellt.

Gefestigte Freundschaft

Mit drei Kleinbussen hatten die Freunde aus Nuillé dieses Mal die gut tausend Kilometer von der Mayenne bis ins Augsburger Land hinter sich gebracht. Nach einem Sekttempfang bei Hermann Zott in dessen Gasthof „Zum Adler“ blieb der erste Abend dem Wiedersehen in den Gastfamilien vorbehalten. Nach 15 Jahren haben sich viele Freundschaften entwickelt und gefestigt, so dass die Quartierverteilung bei jedem Besuch und Gegenbesuch mittlerweile nur noch eine Formsache ist.

Neuburg an der Donau:

Fachtagung E-Mobilität

Zum Thema Elektromobilität veranstaltet die Stadt Neuburg an der Donau am 8. Oktober eine Fachtagung, informiert dabei über Technik und Praxis und bietet Lösungsansätze, wie Elektromobilität mit Erneuerbaren Energien sinnvoll verknüpft und langfristig in ein intelligentes Stromnetz eingebunden werden kann. Neben der Fachtagung können bei einer Roadshow E-Fahrzeuge aller Art selbst getestet werden. Verschiedene Nutzfahrzeuge wie zum Beispiel der Goupil G3 dürften vor allem für Kommunalvertreter von Interesse sein. Zudem gibt es Solar-Carports zu sehen, mit denen E-Mobilität schon jetzt zu 100 Prozent umweltfreundlich praktiziert werden kann.

Weitere Informationen: Sachgebiet Umwelt, Tel. 08431/55219. **□**

Zum 50. Geburtstag von Bürgermeister Alois Scherer:

Verantwortungsgefühl und Augenmaß

Guten Gewissens als „Mann in den besten Jahren“ darf sich fortan Alois Scherer, 1. Bürgermeister der Gemeinde Deining, bezeichnen. Am 8. September beging der beliebte Kommunalpolitiker seinen 50. Geburtstag. Bei der Feier in der neu sanierten Aula der Volksschule Deining mit etwa 230 Gästen gratulierten ihm alle Kindergartenkinder und Erzieherinnen mit einem kleinen Ständchen und einer Geburtstagskarte.

Konrektor a. D. Karl Sippl aus Siegenhofen gab einen Rückblick auf 50 Jahre Alois Scherer. Als „Geschenke“ wurden Spenden auf das Konto der Gemeinde Deining einbezahlt. Diese werden an den Verein „Schutzengel gesucht“ und in soziale Projekte der Gemeinde weitergegeben. Organisiert hatten das Kirwabuam und Kirwamoidla von Oberbuchfeld.

Seit 1996 Rathauschef

Alois Scherer, 1960 in Rotherfels, einem Gemeindeteil von Deining geboren, wurde 1996 zum Bürgermeister seiner gut 4000 Einwohner zählenden oberpfälzischen Heimatgemeinde gewählt. Der verheiratete, gelernte Versicherungsfachwirt ist Mitglied im KPV-Landesvorstand. Seit 2005 fungiert Alois Scherer als KPV-Kreisvorsitzender und stellvertretender Bezirksvorsitzender; zudem ist er Mitglied im CSU-Landesauschuss. Darüber hinaus ist der Jubilar stellvertretender Kreisvorsitzender des Bayerischen Gemeindetags.

Als oberstes kommunalpolitisches Ziel formuliert der Rathauschef für sich die Steigerung

der Wohn- und Lebensqualität in der Gemeinde Deining. Kernpunkt hierbei seien das zur Verfügung stellen von günstigem Bauland, die Erhaltung von Kindergarten und Volksschule auf hohem Niveau sowie eine Investitionsoffensive in verschiedenste Objekte der Infrastruktur wie Abwasserbeseitigung, Wasserversorgung oder Straßenbau. Um das Gemeinwesen lebendig zu halten – Scherer ist selbst Vorsitzender der Freiwilligen Feuerwehr Oberbuchfeld und des Touristikvereins Deining – ist ihm sehr an der Förderung der ehrenamtlich Tätigen gelegen. Für treue Mitgliedschaft werden diese beim Neujahrsempfang der Gemeinde geehrt und erhalten ein kleines Präsent.

Deining ist Kleinzentrum

In den 14 Jahren seiner „Regentschaft“ hat der umtriebige Jubilar bereits einiges zum Wohle Deinings auf den Weg gebracht. Nicht nur, dass der Ort zum Kleinzentrum ernannt wurde; Scherer sorgte auch dafür, dass dort neue Einkaufsmöglichkeiten geschaffen wurden. Zudem wurde die Hauptschule Deining in den Mittel-

schulverbund Deining, Parsberg, Seubersdorf und Velburg mit aufgenommen. Dank des Familienförderprogramms erhalten alle neuen Kindergartenkinder eine Unterstützung von 750 Euro für das erste Kindergartenjahr. Somit ist Deining eine der ersten Gemeinden in Bayern, die junge Familien auf diese Weise fördert. Auch das Familiennetzwerk setzt sich vor allem für junge



Alois Scherer.

Familien ein, damit diese in die Gemeinde ziehen und auch hier bleiben.

Dorferneuerung

Durch den Bau neuer Radwege innerhalb der Gemeinde wurde das Radwegenetz in der Region noch besser ausgeweitet. Auch kann Bürgermeister Scherer auf gelungene Dorferneuerungsmaßnahmen wie z. B. in Oberbuchfeld oder Mitterthal verweisen. Der Kirchenvorplatz vor der St.-Willibald-Kirche wurde komplett saniert und erneuert und der Ortskern Deining wartet seit letztem Jahr mit einer neuen, hochmodernen Aussegnungshalle mit zahl-

reichen neuen Parkplatzmöglichkeiten für Friedhofsbesucher auf. Der Deininger FunPark wiederum bietet allerlei Freizeitmöglichkeiten für Jung und Alt.

In den vergangenen drei Jahren legte man das Augenmerk auch auf die komplette Neusanierung der Volksschule. Es erfolgte eine Umstellung der Heizung auf Hackschnitzel, was eine immense Einsparung von Energiekosten zur Folge hat. Für Sparpotenzial sorgt darüber hinaus die Verlegung eines Nahwärmenetzes (Anschluss von Rathaus, Pfarrheim, Volksschule etc.). Nach vielen zähen Verhandlungen mit der Telekom ist es Alois Scherer nunmehr auch gelungen, dass diejenigen Gemeindeteile, in denen bisher noch Versorgungslücken herrschten, jetzt mit DSL versorgt werden.

Sprecher des AOM

Last but not least hat sich Bürgermeister Scherer als Sprecher dem Aktionsbündnis Oberpfalz-Mittelfranken verschrieben. Die AOM ist ein Zusammenschluss von neun starken Kommunen (Allersberg, Berggau, Burghann, Deining, Freystadt, Mühlhausen, Postbauer-Heng, Pyrbaum, Sengenthal) im Südosten der Metropolregion Nürnberg, die sich zum Ziel gesetzt haben, die Regionalentwicklung im westlichen Landkreis Neumarkt i. d. Opf. sowie in den angrenzenden mittelfränkischen Kommunen zu fördern.

Insbesondere obliegen dem AOM die Erarbeitung eines Entwicklungskonzeptes für diese Region, die gemeinsame Werbung bzw. Abstimmung der Werbung, die gegenseitige Abstimmung der Bauprogramme und Unterrichtung über geplante Vorhaben, die Abstimmung der Betriebe, der Einrichtungen und Anlagen der Beteiligten, die Benützung von Einrichtungen der Beteiligten sowie die Stärkung des ländlichen Raumes und der Landwirtschaft. Zur gegenseitigen Information der in den beteiligten Gemeinden wohnenden Bürgerinnen und Bürger wird monatlich ein Informationsblatt erstellt. DK

Verkäufe

Gebrauchtes Tanklöschfahrzeug zu verkaufen

Der Markt Postbauer-Heng verkauft ein gebrauchtes

Tanklöschfahrzeug TLF 16/25

Ohne feuerwehrtechnische Beladung; Fahrzeugart: Sonder-Kfz Löschfz.; Hersteller: Magirus Deutz; Baujahr: Dez. 1980; Fahrzeugtyp: FM 192 D11 FA; Schaltgetriebe; Allrad; SP 09/2011; Laufleistung: 34.900 km; KW 141; Festeinbau: Feuerlöschkreiselpumpe FP 16/8, Wassertank 2500 L; Sonst. Zubehör: 6 Saugschläuche, Abgasschlauch Fahrzeug. Gegen Höchstgebot bis 14. Oktober 2010, zu richten an Marktverwaltung Postbauer-Heng; **Mindestgebot: 2.500 €.**

Anfragen erbeten an: Freiwillige Feuerwehr Postbauer-Heng, Gerätewart: Herr Sebastian Lehmeier, Tel. 0151/11 60 14 53.



Bundeministerin Ilse Aigner zu Gast bei UNSER LAND

Vor kurzem empfing das Netzwerk UNSER LAND in Fürstfeldbruck die Bundesministerin für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz Ilse Aigner. Die Ministerin zeigte sich sehr interessiert an der Arbeit des Netzwerkes: „Die Regionalinitiative UNSER LAND ist ein Musterbeispiel.“ Im Projekt „Regionale Allianzen“ sei sie deshalb als Best-Practice-Beispiel ausgezeichnet worden. „UNSER LAND zeigt, dass es für die Regionalvermarktung wichtig ist, alle an einen Tisch zu bringen, also nicht nur Landwirte sondern auch Handwerker, Kirchen und andere gesellschaftliche Gruppen.“ Die Arbeit des Netzwerkes UNSER LAND gründet sich auf die Zusammenarbeit der Mitglieder aus fünf Säulen, zu denen außer den genannten auch Verbraucher und Umweltschutz zählen.

Ilse Aigner richtete sich auch an die Konsumenten: „Verbraucher sind durchaus bereit, bei guter Qualität höhere Preise für Produkte zu zahlen. Es gibt nicht nur einen Preis – sondern auch einen Qualitätswettbewerb, der ruhig noch mehr Leute zum Kauf von Regionalem animieren könnte.“ UNSER LAND setzt sich für den Erhalt der Lebensgrundlagen in der Region ein. Das Netzwerk umfaßt zehn Landkreise rund um München, sowie die Landeshauptstadt selbst und Augsburg. Unser Bild zeigt von links (vordere Reihe): Elsbeth Seitz (Vorsitzende Dachverein UNSER LAND e.V.), Bundesministerin Ilse Aigner und Reinhold Bocklet (Landtagsvizepräsident). Hintere Reihe: Mitglieder der Solidargemeinschaft BRUCKER LAND, des Vorstandes und der GmbH.

LIEFERANTEN - GZ NACHWEIS

Absperrpfosten

LANGER s. Fahrradabstellanlagen

Abzeichen

FAHNEN KOCH COBURG **FAHNEN KOCH GMBH**
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Ankauf / Briefmarken

Briefmarkenverkauf ist Vertrauenssache

Briefmarkenauktionshaus Schulz
Frauentorgraben 73, 90443 Nürnberg, Telefon 0911/2406870

Aussenmöblierung

BECK **Abfallbehälter**
Absperrpfosten
Fahrradständer
Sitzbänke u.a.
Möblierung für Aussen
Max-Eyth-Straße 31/1 · 71364 winnenden
Telefon 071 95/69 33 00 · Fax 071 95/69 33 33
www.beck-aussenmoeblierung.de

Berufskleidung

hardusch **Textil-Mietdienste**
Bardusch GmbH & Co. KG · Textil-Mietdienste · Bundesweit
www.bardusch.de · Tel.: 01801 - BARDUSCH (22 73 87 24)

Fahnenmasten/Fahnen

FAHNEN KOCH COBURG **FAHNEN KOCH GMBH**
Querstraße 8 · Abteilung GZ
9 6 4 0 6 C O B U R G
Tel. 09561/55270 · Fax 552723
eMail info@fahnen-koch.de
WWW.FAHNEN-KOCH.DE

Fahrradabstellanlagen

LANGER s. Wartehallen/Außenmöblierungen

Geschenke für Neugeborene

kerler

Alles in Textil bestickt — gewoben —
bedruckt — bestrast — individuell gefertigt !
z. B. bestickte Baby-Handtücher mit dem Logo Ihrer Stadt
als Begrüßungsgeschenk des Bürgermeisters.
z. B. BW-Tragetaschen 500 St. einfarbig bedruckt
€360,00 + MwSt. + Film.
Kerler GmbH
Schwanthaler Straße 100, 80336 München
Tel.: 0049(0)89 / 543 29 890, Fax: (0)89 / 543 43 587
post@kerler.de www.kerler.de

Hausmeisterservice

Biete
Hausmeisterservice
im Großraum München
Chiffre: GZ-17252

Kindertageneinrichtungen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens

Ihr Kontakt zur Anzeigenabteilung:
Telefon (0 81 71) 93 07-13

Schacht-Ausrüstungen

Hailo Schachtabdeckungen, Schachtleitern
Einstieghilfen, Fallschutzeinrichtungen
Fassadenleitern, Rückenschutzsysteme
Hailo-Werk · Schacht-Ausrüstungstechnik
Postfach 1262 · D-35702 Haiger
Fax: (02773)82218 · Telefon: (02773)82256 + 82224

Spiel-, Sportgeräte + Skateanlagen

eibe Produktion + Vertrieb GmbH & Co. KG
Industriestraße 1 · D-97285 Röttingen
Tel. (0 93 38) 89-0 · Fax (0 93 38) 89-199
E-Mail eibe@eibe.de · www.eibe.net
Entdecke die Welt des Spielens

Sportgeräte

www.benz-sport.de **ORIGINAL BENZ SPORT**
Tel. 07195/69 05-0 · Fax: 07195/69 05-77 · info@benz-sport.de

Streutautomaten und Schneepflüge für den Winterdienst

Gmeiner a **BUCHER** company
Gmeiner GmbH
Winterdiensttechnik - Germany
Daimlerstraße 18 · 92533 Wernberg-Köblitz
Telefon: +49 (9604) 93267-0
Internet: www.gmeiner-online.de

Wartehallen/Außenmöblierungen

LANGER **Wartehallen**
38685 Langelsheim · www.langer-georg.de
Ein Gesellschafter der ELANCIA AG

Weihnachtsbeleuchtung

deko-jochum **weihnachtsbeleuchtung**
beratung · planung · vertrieb
grünware · lichtschlauch · led
gerasmühlstr. 23
90547 stein
telefon: 0911/69 39 65
telefax: 0911/69 59 63
deko-jochum@t-online.de
www.deko-jochum.de
Vertragshändler für **pladde.de**
Wir liefern in 8-14 Tagen -
und das bis kurz vor Weihnachten!